

Referentenentwurf

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes

A. Problem und Ziel

Um Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen und unsere Resilienz zu stärken, bedarf es einer klaren Priorisierung der Ausgaben des Bundes sowie einer strukturellen Konsolidierung des Bundeshaushalts. Die zentralen finanzpolitischen Prioritäten der Bundesregierung haben dabei weiterhin Bestand: Neben Investitionen sind dies Strukturreformen für höhere Leistungsfähigkeit und für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, auch durch schnellere Verfahren, mehr Gerechtigkeit und weniger Bürokratie. Darüber hinaus zählt auch die Konsolidierung des Haushalts zu den zentralen finanzpolitischen Prioritäten der Bundesregierung.

Zum 1. Januar 2025 wurde das Wohngeld zuletzt an die allgemeine Preis- und Mietpreisentwicklung angepasst. Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz wurde zum 1. Januar 2023 die Anzahl der Wohngeldhaushalte verdoppelt. Dadurch ist der Verwaltungsaufwand in den Wohngeldbehörden spürbar gestiegen und die Bearbeitungszeiten der Wohngeldanträge haben sich verlängert.

Die Verwaltungspraxis zeigt, dass weitere Vereinfachungen im Wohngeldrecht notwendig sind, um die Bearbeitung von Wohngeldanträgen zu beschleunigen, die Wohngeldbehörden dadurch zu entlasten und die Wohngeldverfahren bürgerfreundlicher zu gestalten.

Auch die Koalition aus CDU, CSU und SPD hat in ihrem Koalitionsvertrag unter anderem vereinbart, das Wohngeld mit den Ländern zu vereinfachen.

B. Lösung

Der vorliegende Gesetzentwurf trägt einerseits zur Konsolidierung des Haushalts bei, indem er Einsparungen vorsieht. Die Fortschreibung des Wohngeldes wird ausgesetzt, die Heizkostenkomponente wird halbiert und die Wohngeldformel wird angepasst. Zugleich sieht der Gesetzesentwurf im Wohngeldverfahren Vereinfachungen und Entlastungen für die Verwaltung sowie die Bürgerinnen und Bürger vor. Hierzu gehören unter anderem:

- Der Prüfaufwand für sogenannte Wechselmodellfälle, in denen getrenntlebende Eltern ihr Kind gemeinsam betreuen, wird verringert.
- Die Regelung zur Todesfallvergünstigung wird verschlankt.
- Bei der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung wird stärker auf Pauschalen aus dem Einkommensteuerrecht statt auf einzelfallbezogene Berechnungen zurückgegriffen, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Der Einkommenskatalog wird gestrafft.
- Der Nachweis für den Freibetrag im Wohngeld aufgrund einer Schwerbehinderung oder einer Pflegebedürftigkeit wird vereinfacht.

- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung können schneller erfasst werden, da nunmehr die Wohngeldbescheide mit Auflagen versehen werden können, entsprechende Einkommensteuerbescheide vorzulegen.
- Wohngeld kann nur noch auf ein Konto gezahlt werden. Auf weitere Möglichkeiten, Wohngeld zu übermitteln, wird verzichtet, wodurch eine Verwaltungsvereinfachung erzielt wird.
- Erstattungsansprüche gegenüber anderen Leistungsträgern werden von den Wohngeldbehörden nicht mehr geltend gemacht. Dadurch wird der Verwaltungsaufwand in den Wohngeldbehörden reduziert.
- Die Erhebungsmerkmale für die Wohngeldstatistik werden verschlankt, um Verwaltungsaufwand zu vermeiden und Bürokratie abzubauen.

C. Alternativen

Alternativen für die Konsolidierung kamen nicht in Betracht. Die Halbierung der Heizkostenkomponente führt zu keiner systematischen Benachteiligung einzelner Haushaltsgruppen; sie wirkt sich grundsätzlich auf alle Haushalte in vergleichbarer Weise aus. Gleiches gilt auch für die einmalige Aussetzung der Fortschreibung des Wohngeldes. Die Erhöhung des Parameters „c“ der Wohngeldformel erlaubt weitere Einsparungen und schont dabei Haushalte mit niedrigeren Einkommen.

Als mögliche Alternative zur Verschlinkung der Einkommensprüfung kam auch eine grundlegendere Veränderung des Einkommensbegriffs in Betracht. In einer Arbeitsgemeinschaft aus Bund, Ländern und Wohngeldbehörden wurde geprüft, ob stattdessen der Einkommensbegriff des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) oder eine Negativabgrenzung des Einkommens eine Vereinfachung darstellen würde. Im Ergebnis hat sich die Arbeitsgemeinschaft dafür ausgesprochen, dass der am Steuerrecht orientierte Einkommensbegriff und auch das Prognoseprinzip beibehalten werden sollen.

Gesetzesänderungen erfolgen dort, wo sie einen tatsächlichen Mehrwert generieren. Weitere Vereinfachungen können auch auf untergesetzlicher Ebene erfolgen und dort zur Verwaltungsvereinfachung beitragen.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch die Wohngeldvereinfachung sind folgende Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand zu erwarten:

Maßnahme	Gebietskörperschaft	Haushaltsbelastung (+) beziehungsweise -entlastung (-)			
		- in Millionen Euro -			
		2027	2028	2029	2030
Wohngeld	Bund	-738,00	-1 018,00	-1 080,00	-1 080,00
	Länder	-738,00	-1 018,00	-1 080,00	-1 080,00
SGB II	Bund	+192,00	+327,00	+428,00	+428,00
	Kommune	+33,00	+58,00	+74,00	+74,00
SGB XII	Bund	+114,00	+213,00	+254,00	+254,00
Kinderzuschlag	Bund	-21,00	-59,00	-65,00	-65,00
Gesamt		-1 158,00	-1 497,00	-1 469,00	-1 469,00

Die Aussetzung der Dynamisierung und die Halbierung der dauerhaften Heizkostenkomponente und die Erhöhung des Parameters c führen zu Minderausgaben im Wohngeld in Höhe von 738 Millionen Euro im Jahr 2027, in Höhe von 1 018 Millionen Euro im Jahr 2028 und ab dem Jahr 2029 fortlaufend in Höhe von 1 080 Millionen Euro pro Jahr bei jeweils Bund und Ländern. Aufgrund der Übergangsregelung des neuen § 42e des Wohngeldgesetzes (WoGG) wachsen die Minderausgaben aus den Streichungen entsprechend über die Jahre 2027 und 2028 an bis sie im Jahr 2029 erstmals vollumfänglich realisiert werden.

Im Jahr 2029 führt die mit den Änderungen verbundene Kürzung im Wohngeld zu Wechseln in die nachrangigen Grundsicherungssysteme, da die betroffenen Haushalte die Hilfebedürftigkeit nicht länger überwinden. 74 000 Haushalte wechseln in Leistungen nach dem SGB II, 89 000 Haushalte erhalten einen Anspruch auf Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Damit verbunden sind Mehrausgaben in Höhe von 502 Millionen Euro im SGB II, von denen 428 Millionen Euro auf den Bund und 74 Millionen Euro auf die Kommunen entfallen, sowie in Höhe von 254 Millionen Euro im SGB XII, die vollständig auf den Bund entfallen.

Für Familienhaushalte, die aus dem Wohngeld fallen, entfällt neben dem Wohngeldanspruch auch der Anspruch auf Leistungen des Kinderzuschlags, dies führt zu Minderausgaben in Höhe von 65 Millionen Euro.

Aufgrund der nach § 42e WoGG auslaufenden Bescheide tritt die volle haushälterische Wirkung der Reform inklusive Wechseleffekte erst im Jahr 2029 vollständig ein. Entsprechend fallen für die Jahre 2027 und 2028 nur anteilige Mehr- bzw. Minderausgaben im Wohngeld und den weiteren, obenstehenden Leistungen an.

Die übrigen Änderungen führen zu geringen nicht näher quantifizierbaren Mehr- oder Minderausgaben. Diese sind im Einzelplan des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen 2027 bereits abgegolten.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger reduziert sich der jährliche Zeitaufwand um etwa 455 000 Stunden und der jährliche Sachaufwand um rund 720 000 Euro. Einmalig erhöht sich der Zeitaufwand in geringfügiger Höhe. Der einmalige Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger erhöht sich geringfügig.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft reduziert sich der jährliche Erfüllungsaufwand um etwa 820 000 Euro.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Die Entlastung entfällt komplett auf Bürokratiekosten aus Informationspflichten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung reduziert sich der jährliche Erfüllungsaufwand um etwa 11 420 000 Euro. Einmaliger Erfüllungsaufwand fällt in Höhe von circa 100 000 Euro fast ausschließlich auf Landesebene (inklusive Kommunen) an. Der jährliche Aufwand erhöht sich auf Bundesebene um 550 000 Euro und verringert sich auf Landesebene um etwa 11 700 000 Euro.

F. Weitere Kosten

Auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Gesetzesänderungen keine Auswirkungen zu erwarten.

Referentenentwurf Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes

Vom ...

Der Bundestag hat **mit Zustimmung des Bundesrates** das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Wohngeldgesetzes

Wohngeldgesetz vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), das zuletzt durch Artikel 11 Absatz 8 des Gesetzes vom 16. April 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 107) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 28 wird die folgende Angabe eingefügt:

„§ 28a Wegfall der Erstattungsansprüche gegenüber anderen Leistungsträgern“.
 - b) Die Angabe zu § 30a wird wie folgt gefasst:

„§ 30a (weggefallen)“.
 - c) Nach der Angabe zu § 42d wird die folgende Angabe eingefügt:

„§ 42e Übergangsregelung aus Anlass des Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldes“.
 - d) Nach der Angabe zu § 46 wird die folgende Angabe eingefügt:

„§ 47 Übergangsregelung aus Anlass des Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten“.
2. § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 wird durch die folgende Nummer 3 ersetzt:

„3. die Person, die in einem Heim im Sinne der Gesetze der Länder nicht nur vorübergehend aufgenommen ist.“
3. § 5 Absatz 4 wird durch den folgenden Absatz 4 ersetzt:

„(4) Betreuen nicht nur vorübergehend getrennt lebende Eltern ein Kind oder mehrere Kinder in einem Verhältnis von mindestens einem Drittel zu zwei Dritteln je Kind, ist jedes dieser Kinder bei beiden Elternteilen Haushaltsmitglied. Bei der Berechnung des Gesamteinkommens der Haushaltsmitglieder (§ 13) ist das Jahreseinkommen (§ 14) dieser Kinder, mit Ausnahme der Einkünfte nach § 14 Absatz 2 Nummer 13 und

15, jeweils zur Hälfte zu berücksichtigen. Für Pflegekinder und Pflegeeltern gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.“

4. § 6 Absatz 2 Satz 2 wird durch den folgenden Satz 2 ersetzt:
„Satz 1 ist nicht mehr anzuwenden, wenn nach dem Todesfall
 1. die Wohnung aufgegeben wird oder
 2. die Zahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder sich mindestens auf den Stand vor dem Todesfall erhöht.“
5. In § 9 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „die Summe aus dem Höchstbetrag nach § 12 Absatz 1 und der Klimakomponente nach § 12 Absatz 7“ durch die Angabe „der Gesamtbetrag aus Höchstbetrag und Klimakomponente nach § 12 Absatz 1“ ersetzt.
6. In § 10 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „die Summe aus dem Höchstbetrag nach § 12 Absatz 1 und der Klimakomponente nach § 12 Absatz 7“ durch die Angabe „den Gesamtbetrag aus Höchstbetrag und Klimakomponente nach § 12 Absatz 1“ ersetzt.
7. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 Nummer 1 wird die Angabe „Höchstbetrag nach § 12 Absatz 1 und der Klimakomponente nach § 12 Absatz 7“ durch die Angabe „Höchstbetrag und der Klimakomponente nach § 12 Absatz 1“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 12 Absatz 7“ durch die Angabe „§ 12 Absatz 1“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Nummer 4 wird die Angabe „§ 14 Abs. 2 Nr. 30“ durch die Angabe „§ 14 Absatz 2 Nummer 22“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 wird die jeweils die Angabe „§ 12 Absatz 7“ durch die Angabe „§ 12 Absatz 1“ ersetzt.
8. § 12 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird durch den folgenden Absatz 1 ersetzt:

„(1) Die monatlichen Höchstbeträge für Miete und Belastung sind vorbehaltlich des § 11 Absatz 3 nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder und nach der Mietenstufe zu berücksichtigen. Die monatliche Klimakomponente aus Anlage 1 wird nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder berücksichtigt. Die Summe aus dem Höchstbetrag nach Satz 1 und der Klimakomponente nach Satz 2 bildet den Gesamtbetrag aus Höchstbetrag und Klimakomponente. Die monatlichen Höchstbeträge nach Satz 1 und die jeweilige monatliche Klimakomponente nach Satz 2 sowie die jeweiligen Gesamtbeträge aus Höchstbetrag und Klimakomponente ergeben sich aus Anlage 1.“
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird nach der Angabe „für den Mietzuschuss geleistet wird“ die Angabe „(Mietenniveau der Wohngeldmiethaushalte)“ eingefügt.

- bb) In Satz 2 wird die Angabe „Mietenniveau“ durch die Angabe „Mietenniveau der Wohngeldmiethaushalte“ ersetzt.
- c) Absatz 4a wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „Mietenniveau“ durch die Angabe „Mietenniveau der Wohngeldmiethaushalte“ ersetzt.
 - bb) Die Sätze 3, 4 und 5 werden gestrichen.
- d) In Absatz 5 wird die Angabe „Mietenniveaus“ durch die Angabe „Mietenniveaus der Wohngeldmiethaushalte“ und die Angabe „Mietenniveau“ in der Überschrift der zweiten Spalte der Tabelle durch die Angabe „Mietenniveau der Wohngeldhaushalte“ ersetzt.
- e) Absatz 6 wird durch den folgenden Absatz 6 ersetzt:

„(6) Der folgende monatliche Gesamtbetrag zur Entlastung bei den Heizkosten als Summe aus dem Betrag zur Entlastung bei den Heizkosten auf Grund der CO₂-Bepreisung und dem Betrag der dauerhaften Heizkostenkomponente ist vorbehaltlich des § 11 Absatz 3 nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen:

Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder	Betrag zur Entlastung bei den Heizkosten auf Grund der CO ₂ -Bepreisung in Euro	Betrag der dauerhaften Heizkostenkomponente in Euro	Gesamtbetrag zur Entlastung bei den Heizkosten in Euro
1	14,40	48	62,40
2	18,60	62	80,60
3	22,20	74	96,20
4	25,80	86	111,80
5	29,40	98	127,40
Mehrbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied	3,60	12	15,60“.

- f) Absatz 7 wird gestrichen.
- 9. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 3 Nummer 2 wird durch die folgende Nummer 2 ersetzt:
 - „2. der nach § 40a des Einkommensteuergesetzes pauschal besteuerte Arbeitslohn und das pauschal besteuerte Arbeitsentgelt.“
 - bb) Nach Satz 4 wird der folgende Satz 5 eingefügt:
 - „Abweichend von Satz 1 werden Werbungskosten bei den in § 9a des Einkommensteuergesetzes genannten Einnahmen nur in Höhe der dort aufgeführten Pauschbeträge abgezogen; höhere Werbungskosten werden nicht berücksichtigt.“
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 2 wird durch die folgende Nummer 2 ersetzt:

„2. die einkommensabhängigen, nach § 3 Nummer 6 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Bezüge, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften aus öffentlichen Mitteln versorgungshalber an Wehrdienstbeschädigte, im freiwilligen Wehrdienst Beschädigte, Zivildienstbeschädigte und im Bundesfreiwilligendienst Beschädigte oder ihre Hinterbliebenen, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sowie ihnen gleichgestellte Personen gezahlt werden mit Ausnahme der Entschädigungszahlungen nach dem Neunten Kapitel des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch und der Einmalzahlungen nach § 102 Absatz 4 und 5 des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch;“.

bb) Die Nummern 8 bis 31 werden durch die folgenden Nummern 8 bis 23 ersetzt:

„8. die nach § 3 Nummer 1 Buchstabe a des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Krankentagegelder;

9. die Hälfte der nach § 3 Nummer 68 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Renten nach § 3 Absatz 2 des Anti-D-Hilfegesetzes;

10. die nach § 3b des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit;

11. die nach § 3 Nummer 21 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Einnahmen;

12. die nach § 3 Nummer 60 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Leistungen aus öffentlichen Mitteln an Arbeitnehmer des Steinkohlen-, Pechkohlen- und Erzbergbaues, des Braunkohlentiefbaues und der Eisen- und Stahlindustrie aus Anlass von Stilllegungs-, Einschränkungs-, Umstellungs- oder Rationalisierungsmaßnahmen;

13. die Bezüge nach § 22 Nummer 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes, die der Empfängerin oder dem Empfänger von einer natürlichen Person, die kein Haushaltsmitglied ist, oder von einer juristischen Person gewährt werden, mit Ausnahme der Bezüge

a) bis zu einer Höhe von 6 540 Euro jährlich, die für eine Pflegeperson oder Pflegekraft aufgewendet werden, die die Empfängerin oder den Empfänger wegen ihrer oder seiner Pflegebedürftigkeit im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch pflegt, oder

b) bis zu einer Höhe von insgesamt 480 Euro jährlich von einer juristischen oder einer natürlichen Person, die gegenüber der Empfängerin oder dem Empfänger nicht vorrangig gesetzlich unterhaltsverpflichtet ist oder war;

unerheblich ist, ob es sich um eine wiederkehrende oder eine Unterhaltsleistung als Einmalleistung handelt;

14.

a) die Unterhaltsleistungen des geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten, mit Ausnahme der Unterhaltsleistungen bis zu einer Höhe von 6 540 Euro jährlich, die für eine Pflegeperson oder Pflegekraft geleistet werden, die den Empfänger oder die Empfän-

gerin wegen eigener Pflegebedürftigkeit im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch pflegt,

- b) die Versorgungsleistungen, die Leistungen auf Grund eines schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs und Ausgleichsleistungen zur Vermeidung eines Versorgungsausgleichs,

soweit diese Leistungen nicht von § 22 Nummer 1a des Einkommensteuergesetzes erfasst sind;

15. die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz;
16. die Leistungen von natürlichen Personen, die keine Haushaltsmitglieder sind, zur Bezahlung der Miete oder Aufbringung der Belastung, soweit die Leistungen nicht von Absatz 1 Satz 1 oder Satz 3, von Nummer 13 oder Nummer 14 erfasst sind;
17. als Einkommen des Kindes, Jugendlichen oder jungen Volljährigen: die Hälfte der Pauschale für die laufenden Leistungen für den notwendigen Unterhalt ohne die Kosten der Erziehung von Kindern, Jugendlichen oder jungen Volljährigen nach § 39 Absatz 1 in Verbindung mit § 33 oder mit § 35a Absatz 2 Nummer 3, auch in Verbindung mit § 41 Absatz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch;
18. als Einkommen der Pflegeperson: die Hälfte der Pauschale für die laufenden Leistungen für die Kosten der Erziehung von Kindern, Jugendlichen oder jungen Volljährigen nach § 39 Absatz 1 in Verbindung mit § 33 oder mit § 35a Absatz 2 Nummer 3, auch in Verbindung mit § 41 Absatz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch;
19. bei der Haushaltsführung einer Person, die kein Haushaltsmitglied ist: die Hälfte der nach § 3 Nummer 36 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Einnahmen für Leistungen zu körperbezogenen Pflegemaßnahmen, pflegerischen Betreuungsmaßnahmen oder Hilfen;
20. die Hälfte der als Zuschüsse erbrachten
 - a) Leistungen zur Förderung der Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, mit Ausnahme der Leistungen nach § 14a des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 6 und 7 der Verordnung über Zusatzleistungen in Härtefällen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und mit Ausnahme des Kinderbetreuungszuschlages nach Maßgabe des § 14b des Bundesausbildungsförderungsgesetzes,
 - b) Leistungen der Begabtenförderungswerke, soweit sie nicht von Nummer 21 erfasst sind,
 - c) Stipendien, soweit sie nicht von Buchstabe b oder Nummer 21 erfasst sind,
 - d) Berufsausbildungsbeihilfen und des Ausbildungsgeldes nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch,
 - e) Beiträge zur Deckung des Unterhaltsbedarfs nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz;

21. die als Zuschuss gewährte Graduiertenförderung;
22. die wiederkehrenden Leistungen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 9, auch wenn bei deren Berechnung die Kosten der Unterkunft nicht berücksichtigt worden sind, mit Ausnahme
 - a) der darin enthaltenen Kosten der Unterkunft, wenn diese nicht für den Wohnraum gewährt werden, für den Wohngeld beantragt wurde,
 - b) der von Nummer 17 oder Nummer 18 erfassten Leistungen,
 - c) des Grundsicherungsgeldes nach § 19 Absatz 1 Satz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, das ein zu berücksichtigendes Kind als Mitglied der Bedarfsgemeinschaft im Haushalt des getrennt lebenden anderen Elternteils anteilig erhält,
 - d) der Hilfe zum Lebensunterhalt, die ein nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch leistungsberechtigtes Kind im Haushalt des getrennt lebenden Elternteils anteilig erhält, oder
 - e) der Leistungen, die in den Fällen des § 7 Absatz 1 Satz 3 oder Absatz 2 Satz 2 erbracht werden, in denen kein Ausschluss vom Wohngeld besteht;
23. der Mietwert des von den in § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 genannten Personen selbst genutzten Wohnraums.“

10. § 17 Nummer 1 wird durch die folgende Nummer 1 ersetzt:

- „1. 1 800 Euro für jedes zu berücksichtigende Haushaltsmitglied mit
- a) einem Grad der Behinderung von 100 oder
 - b) mindestens einem Pflegegrad 3;“.

11. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird durch den folgenden Absatz 3 ersetzt:

„(3) Sind mehr als zwölf Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, erhöht sich für das 13. und jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied das nach den Absätzen 1 und 2 für 12 zu berücksichtigende Haushaltsmitglieder berechnete monatliche Wohngeld um jeweils 65 Euro.“

b) Nach Absatz 3 wird der folgende Absatz 4 eingefügt:

„(4) Das Wohngeld darf die zu berücksichtigende Miete oder Belastung nicht übersteigen.“

12. § 20 wird durch den folgenden § 20 ersetzt:

„§ 20

Gesetzeskonkurrenz

Es besteht kein Wohngeldanspruch, wenn allen Haushaltsmitgliedern eine der folgenden Leistungen dem Grunde nach zusteht oder im Fall ihres Antrages dem Grunde nach zusteht:

1. Leistungen zur Förderung der Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder
2. Leistungen nach den §§ 56, 116 Absatz 3 oder 4 oder § 122 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch.

Satz 1 gilt auch, wenn dem Grunde nach Förderungsberechtigte der Höhe nach keinen Anspruch auf Förderung haben. Satz 1 gilt nicht, wenn die Leistungen ausschließlich als Darlehen gewährt werden. Ist Wohngeld für einen Zeitraum bewilligt, in den der Beginn der Ausbildung fällt, ist das Wohngeld bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums in gleicher Höhe weiter zu leisten; § 27 Absatz 2 und § 28 bleiben unberührt.“

13. § 21 wird durch den folgenden § 21 ersetzt:

„§ 21

Sonstige Gründe

(1) Es besteht kein Wohngeldanspruch,

1. wenn das Wohngeld weniger als 15 Euro monatlich betragen würde,
2. wenn alle Haushaltsmitglieder nach den §§ 7 und 8 Absatz 1 vom Wohngeld ausgeschlossen sind,
3. wenn erhebliches Vermögen vorhanden ist oder
4. soweit das Wohngeld missbräuchlich in Anspruch genommen würde.

(2) Erhebliches Vermögen ist in der Regel vorhanden, wenn die Summe des verwertbaren Vermögens der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder 60 000 Euro für das erste zu berücksichtigende Haushaltsmitglied zuzüglich 30 000 Euro für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied, höchstens jedoch 120 000 Euro für alle zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, übersteigt.“

14. In § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „§ 21 Nr. 3“ durch die Angabe „§ 21 Absatz 1 Nummer 4“ ersetzt.

15. § 24 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 wird nach der Angabe „schriftlich“ die Angabe „oder elektronisch“ eingefügt.
- b) In Absatz 4 wird die Angabe „Gewerbebetrieb oder aus Land- und Forstwirtschaft,“ durch die Angabe „Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft oder aus Vermietung und Verpachtung,“ ersetzt.

16. § 26 Absatz 2 wird durch den folgenden Absatz 2 ersetzt:

„(2) Das Wohngeld ist monatlich im Voraus auf ein Konto eines Haushaltsmitgliedes bei einem Geldinstitut, für das die Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2024/886 (ABl. L, 2024/886, 19.3.2024) geändert worden ist, gilt (Geldinstitut), zu überweisen. Abweichend von § 47 Absatz 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch wird das Wohngeld ausschließlich auf das angegebene Konto überwiesen. Die Überweisung erfolgt kostenfrei.“

17. § 26a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 Satz 3 wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„§§ 27, 28 bleiben unberührt; eine Entscheidung nach § 27 oder § 28 kann auch als endgültige Entscheidung erfolgen.“

b) Absatz 4 Satz 3 wird gestrichen.

18. § 27 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Satz 3 wird jeweils die Angabe „**Gesamteinkommen**“ durch die Angabe „**monatliche Gesamteinkommen**“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird im Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „**im laufenden Bewilligungszeitraum nicht nur vorübergehend**“ durch die Angabe „**innerhalb des laufenden Bewilligungszeitraums für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Monaten**“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „**Gesamteinkommens**“ durch die Angabe „**monatlichen Gesamteinkommens**“ ersetzt.

cc) In Satz 1 Nummer 3 und Satz 4 werden jeweils die Angabe „**Gesamteinkommen**“ durch die Angabe „**monatliche Gesamteinkommen**“ ersetzt.

dd) Satz 3 wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Tritt die Änderung der Verhältnisse nicht zum Ersten eines Monats ein, ist dieser Monat nicht bei der Berechnung des zusammenhängenden Zeitraums von mindestens drei Monaten zu berücksichtigen.“

c) In Absatz 3 wird im Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „**im laufenden Bewilligungszeitraum nicht nur vorübergehend**“ durch die Angabe „**innerhalb des laufenden Bewilligungszeitraums für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Monaten**“ ersetzt.

d) Nach Absatz 4 wird der folgende Absatz 5 eingefügt:

„(5) Wird Wohngeld nach den Maßgaben des § 25 Absatz 1 für bis zu sechs Monate bewilligt, ist § 27 Absatz 2 und Absatz 3 nicht anzuwenden.“

19. § 28 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 3 wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Der Wechsel des Wohnraums innerhalb desselben Heimes im Sinne der Landesgesetze gilt nicht als Nutzungsaufgabe.“

b) Absatz 3 Satz 1 wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Der Bewilligungsbescheid wird von dem Zeitpunkt an unwirksam, ab dem ein zu berücksichtigendes Haushaltsmitglied nach den §§ 7 und 8 Absatz 1 vom Wohngeld ausgeschlossen ist; dies gilt auch im Falle einer rückwirkenden Leistungsgewährung.“

20. Nach § 28 wird der folgende § 28a eingefügt:

„§ 28a

Wegfall der Erstattungsansprüche gegenüber anderen Leistungsträgern

Erstattungsansprüche der Wohngeldbehörden gegenüber anderen Leistungsträgern für erbrachte Sozialleistungen sind abweichend von den §§ 102 bis 114 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch von Wohngeldbehörden nicht geltend zu machen.“

21. § 30a wird gestrichen.

22. In § 34 Absatz 1 wird die Angabe „Mietenniveaus“ durch die Angabe „Mietenniveaus der Wohngeldmiethaushalte“ ersetzt.

23. § 35 Absatz 1 Nummer 7 wird durch die folgende Nummer 7 ersetzt:

„7. die Wohnverhältnisse der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder nach Größe des Wohnraums, nach Höhe der monatlichen Miete oder Belastung, im Fall des § 10 Absatz 2 Satz 2 die Belastung aus Zinsen und Tilgung, der Grund der Wohngeldberechtigung (§ 3 Absatz 1 bis 3) sowie die Gemeinde und deren Mietenstufe (§ 12); ist mindestens ein Haushaltsmitglied vom Wohngeld ausgeschlossen, sind die Größe des Wohnraums und die Höhe der monatlichen Miete oder Belastung kopfteilig zu erheben;“.

24. § 36 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird durch den folgenden Satz ersetzt:

„Einzelangaben nach § 35 Absatz 1 sind dem Statistischen Bundesamt jährlich unverzüglich nach Ablauf des Erhebungszeitraums für Zusatzaufbereitungen zur Verfügung zu stellen.“

bb) Die Sätze 4 und 5 werden durch den folgenden Satz ersetzt:

„Bei der empfangenden Stelle muss durch organisatorische und technische Maßnahmen sichergestellt sein, dass nur Amtsträgerinnen oder Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete die Einzelangaben empfangen oder verarbeiten.“

b) Absatz 3 wird durch den folgenden Absatz 3 ersetzt:

„(3) Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung darf einer wissenschaftlichen Einrichtung, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ein Forschungsvorhaben durchführt, das den Zwecken nach § 34 Absatz 1 dient, die zur Zusatzaufbereitung nach Absatz 2 übermittelten Einzelangaben übermitteln, soweit dies zur Durchführung des Forschungsvorhabens erforderlich ist. Die Empfänger der Daten müssen Amtsträgerinnen oder Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder zur Geheimhaltung Verpflichtete sein. Für die Verpflichtung zur Geheimhaltung gilt § 1 Absatz 2, 3 und 4 Nummer 2 des [Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 \(BGBl. I S. 469, 547\)](#), das durch § 1 Nummer 4 des [Gesetzes vom 15. August 1974 \(BGBl. I S. 1942\)](#) geändert worden ist, entsprechend.“

25. Nach § 42d wird der folgende § 42e eingefügt:

„§ 42e

Übergangsregelung aus Anlass des Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldes

(1) Ist Wohngeld vor dem 1. Januar 2027 bewilligt worden und liegt mindestens ein Teil des Bewilligungszeitraums nach dem 31. Dezember 2026, so verbleibt es bis zum Ende des bisherigen Bewilligungszeitraums bei dem bereits bewilligten Wohngeld. Die §§ 27 und 28 sowie § 45 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch bleiben unberührt.

(2) Ist Wohngeld vor dem 1. Januar 2027 bewilligt worden und liegt mindestens ein Teil des Bewilligungszeitraums nach dem 31. Dezember 2026 und ist über einen Antrag nach § 27 Absatz 1 oder in einem Verfahren nach § 27 Absatz 2 neu zu entscheiden, so ist für die Zeit bis zum 31. Dezember 2026 nach dem bis dahin geltenden Recht und ab dem 1. Januar 2027 nach neuem Recht zu entscheiden.

(3) Ist bis zum 31. Dezember 2026 über einen Wohngeldantrag nach § 22 noch nicht entschieden, so ist für die Zeit bis zum 31. Dezember 2026 nach dem bis dahin geltenden Recht und für die Zeit ab dem 1. Januar 2027 nach dem neuen Recht zu entscheiden. Ist in den Fällen des Satzes 1 das ab dem 1. Januar 2027 zu bewilligende Wohngeld geringer als das für Dezember 2026 zu bewilligende Wohngeld, so verbleibt es auch für den Teil des Bewilligungszeitraums ab dem 1. Januar 2027 bei dem für Dezember 2026 zu bewilligenden höheren Wohngeld.

(4) Ist über einen nach dem 31. Dezember 2026 gestellten Wohngeldantrag nach § 22 zu entscheiden und beginnt der Bewilligungszeitraum vor dem 1. Januar 2027, so ist Absatz 3 entsprechend anzuwenden. § 24 Absatz 2 und § 27 bleiben unberührt.“

26. § 43 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4, Absatz 5, Absatz 6, Absatz 7, Absatz 8 und Absatz 9 wird jeweils Satz 2 gestrichen.

b) In § 43 wird nach Absatz 10 der folgende Absatz 11 eingefügt:

„(11) Abweichend von Absatz 1 findet keine Fortschreibung zum 1. Januar 2027 statt.“

27. Nach § 46 wird der folgende § 47 eingefügt:

„§ 47

Übergangsregelung aus Anlass des Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten

Der für den Zeitraum vom 1. Januar 2027 bis 31. Dezember 2027 gewährte Zuschlag nach § 307d Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 3, Absatz 1b, Absatz 1c sowie Absatz 5 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch ist bei der Ermittlung des Jahreseinkommens nach § 14 Absatz 1 und 2 nicht zu berücksichtigen.“

28. Anlage 1 wird durch die folgende Anlage 1 ersetzt:

„Anlage 1 (zu § 12 Absatz 1)

Höchstbetrag, Klimakomponente und Gesamtbetrag

Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder	Mietenstufe	Höchstbetrag in Euro	Klimakomponente in Euro	Gesamtbetrag aus Höchstbetrag und Klimakomponente in Euro
1	I	361	19,20	380,20
	II	408	19,20	427,20
	III	456	19,20	475,20
	IV	511	19,20	530,20
	V	562	19,20	581,20
	VI	615	19,20	634,20
	VII	677	19,20	696,20
2	I	437	24,80	461,80
	II	493	24,80	517,80
	III	551	24,80	575,80
	IV	619	24,80	643,80
	V	680	24,80	704,80
	VI	745	24,80	769,80
	VII	820	24,80	844,80
3	I	521	29,60	550,50
	II	587	29,60	616,60
	III	657	29,60	686,60
	IV	737	29,60	766,60
	V	809	29,60	838,60
	VI	887	29,60	916,60
	VII	975	29,60	1004,60
4	I	608	34,40	642,40
	II	686	34,40	720,40
	III	766	34,40	800,40
	IV	858	34,40	892,40
	V	946	34,40	980,40
	VI	1 035	34,40	1069,40
	VII	1 139	34,40	1173,40

5	I	694	39,20	733,20
	II	782	39,20	821,20
	III	875	39,20	914,20
	IV	982	39,20	1021,20
	V	1 080	39,20	1119,20
	VI	1 183	39,20	1222,20
	VII	1 302	39,20	1341,20
Mehrbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied	I	82	4,80	86,80
	II	94	4,80	98,80
	III	106	4,80	110,80
	IV	119	4,80	123,80
	V	129	4,80	133,80
	VI	149	4,80	153,80
	VII	163	4,80	167,80“.

29. Anlage 2 wird durch die folgende Anlage 2 ersetzt:

„Anlage 2 (zu § 19 Absatz 1)

Werte für „a“, „b“ und „c“

Die in die Formel nach § 19 Absatz 1 Satz 1 einzusetzenden, nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder unterschiedenen Werte „a“, „b“ und „c“ sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

	1 Haus- halts- mit- glied	2 Haus- halts- mit- glieder	3 Haus- halts- mit- glieder	4 Haus- halts- mit- glieder	5 Haus- halts- mit- glieder	6 Haus- halts- mit- glieder	7 Haus- halts- mit- glieder	8 Haus- halts- mit- glieder	9 Haus- halts- mit- glieder	10 Haus- halts- mit- glieder	11 Haus- halts- mit- glieder	12 Haus- halts- mit- glieder
a	4,000 E-2	3,000 E-2	2,000 E-2	1,000 E-2	0	- 1,000 E-2	- 2,000 E-2	- 3,000 E-2	- 4,000 E-2	- 6,000 E-2	- 9,000 E-2	- 1,200 E-1
b	4,797 E-4	3,571 E-4	2,917 E-4	2,163 E-4	1,907 E-4	1,722 E-4	1,592 E-4	1,583 E-4	1,376 E-4	1,249 E-4	1,141 E-4	1,107 E-4
c	6,446 E-5	4,803 E-5	3,871 E-5	2,781 E-5	2,718 E-5	2,623 E-5	2,607 E-5	2,607 E-5	2,623 E-5	2,623 E-5	3,097 E-5	3,492 E-5

Hierbei bedeuten:

E-1 geteilt durch 10,

E-2 geteilt durch 100,

E-4 geteilt durch 10 000,

E-5 geteilt durch 100 000.“

Artikel 2

Änderung der Wohngeldverordnung

Die Wohngeldverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2722), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 21. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 314) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6 Absatz 2 Nummer 4 wird durch die folgende Nummer 4 ersetzt:

„4. für die Überlassung einer Garage oder eines Stellplatzes zum Abstellen von Kraftfahrzeugen 36 Euro monatlich.“

2. Die Anlage wird durch die folgende Anlage ersetzt:

„Anlage
(zu § 1 Absatz 3)

Mietenstufen der Gemeinden nach Ländern ab dem 1. Januar 2027

Soweit die zu einem Kreis gehörenden Gemeinden in den Tabellen nicht gesondert aufgeführt sind, gilt die Mietenstufe des Kreises für diese Gemeinden.

Zu Grunde liegen Daten der Wohngeldstatistik zum 31. Dezember 2023 und 31. Dezember 2024 einschließlich der bis zum 31. März 2025 erfolgten rückwirkenden Bewilligungen.

Relevanter Gebietsstand ist der 31. März 2025, der für die 10 000-Einwohner-Schwelle relevante Stichtag der Bevölkerung ist der 30. September 2024.

Land: Baden-Württemberg

Gemeinde	Mietenstufe
Aalen, Stadt	IV
Achern, Stadt	III
Albstadt, Stadt	III
Altensteig, Stadt	II
Ammerbuch	V
Appenweier	II
Asperg, Stadt	VI
Aulendorf, Stadt	III
Backnang, Stadt	V
Bad Dürkheim, Stadt	IV
Bad Friedrichshall, Stadt	V
Bad Krozingen, Stadt	V
Bad Mergentheim, Stadt	III
Bad Rappenau, Stadt	IV
Bad Säckingen, Stadt	IV

Gemeinde	Mietenstufe
Bad Saulgau, Stadt	III
Bad Schönborn	IV
Bad Urach, Stadt	IV
Bad Waldsee, Stadt	III
Bad Wildbad, Stadt	III
Bad Wurzach, Stadt	II
Baden-Baden, Stadt	IV
Baiersbronn	II
Balingen, Stadt	III
Besigheim, Stadt	VI
Biberach an der Riß, Stadt	IV
Bietigheim-Bissingen, Stadt	V
Birkenfeld	III
Blaubeuren, Stadt	III
Blaustein, Stadt	IV
Blumberg, Stadt	III
Böblingen, Stadt	VII
Bopfingen, Stadt	II
Brackenheim, Stadt	III
Breisach am Rhein, Stadt	IV
Bretten, Stadt	IV
Bretzfeld	III
Bruchsal, Stadt	IV
Brühl	IV
Buchen (Odenwald), Stadt	II
Bühl, Stadt	IV
Burladingen, Stadt	II
Calw, Stadt	IV
Crailsheim, Stadt	III
Denkendorf	V
Denzlingen	V
Dettingen an der Erms	V
Ditzingen, Stadt	VI
Donaueschingen, Stadt	II
Donzdorf, Stadt	III
Dossenheim	V
Durmersheim	III
Eberbach, Stadt	II
Ebersbach an der Fils, Stadt	V

Gemeinde	Mietenstufe
Edingen-Neckarhausen	IV
Eggenstein-Leopoldshafen	V
Ehingen (Donau), Stadt	IV
Eislingen/Fils, Stadt	IV
Ellwangen (Jagst), Stadt	III
Emmendingen, Stadt	V
Endingen am Kaiserstuhl, Stadt	IV
Engen, Stadt	III
Eningen unter Achalm	V
Eppelheim, Stadt	V
Eppingen, Stadt	III
Erbach, Stadt	III
Esslingen am Neckar, Stadt	VI
Ettenheim, Stadt	III
Ettlingen, Stadt	IV
Fellbach, Stadt	VI
Filderstadt, Stadt	V
Freiberg am Neckar, Stadt	VI
Freiburg im Breisgau, Stadt	VI
Freudenstadt, Stadt	III
Friedrichshafen, Stadt	VI
Friesenheim	III
Gaggenau, Stadt	III
Gaildorf, Stadt	III
Gärtringen	VI
Geislingen an der Steige, Stadt	III
Gengenbach, Stadt	III
Gerlingen, Stadt	VII
Gernsbach, Stadt	IV
Gerstetten	II
Giengen an der Brenz, Stadt	III
Göppingen, Stadt	IV
Gottmadingen	III
Graben-Neudorf	III
Grenzach-Wyhlen	V
Gundelfingen	VI
Haigerloch, Stadt	II
Hechingen, Stadt	IV
Heddesheim	III

Gemeinde	Mietenstufe
Heidelberg, Stadt	V
Heidenheim an der Brenz, Stadt	IV
Heilbronn, Universitätsstadt	V
Hemsbach, Stadt	IV
Herbolzheim, Stadt	IV
Herbrechtingen, Stadt	III
Herrenberg, Stadt	V
Heubach, Stadt	III
Hockenheim, Stadt	IV
Holzgerlingen, Stadt	VI
Horb am Neckar, Stadt	III
Isny im Allgäu, Stadt	IV
Karlsbad	IV
Karlsdorf-Neuthard	IV
Karlsruhe, Stadt	IV
Kehl, Stadt	IV
Kenzingen, Stadt	V
Kernen im Remstal	V
Ketsch	IV
Kirchheim unter Teck, Stadt	V
Kirchzarten	V
Königsbach-Stein	III
Konstanz, Universitätsstadt	V
Korb	V
Korntal-Münchingen, Stadt	VI
Kornwestheim, Stadt	VI
Kraichtal, Stadt	II
Künzelsau, Stadt	III
Ladenburg, Stadt	IV
Lahr/Schwarzwald, Stadt	III
Laichingen, Stadt	III
Langenau, Stadt	III
Lauda-Königshofen, Stadt	I
Lauffen am Neckar, Stadt	V
Laupheim, Stadt	IV
Leimen, Stadt	V
Leinfelden-Echterdingen, Stadt	VI
Leingarten, Stadt	IV
Leonberg, Stadt	VII

Gemeinde	Mietenstufe
Leutenbach	V
Leutkirch im Allgäu, Stadt	III
Linkenheim-Hochstetten	IV
Lorch, Stadt	III
Lörrach, Stadt	V
Ludwigsburg, Stadt	VI
Malsch	III
Mannheim, Universitätsstadt	V
Marbach am Neckar, Stadt	VI
Markdorf, Stadt	V
Markgröningen, Stadt	VI
Meckenbeuren	V
Mengen, Stadt	II
Meßstetten, Stadt	II
Metzingen, Stadt	V
Möglingen	VI
Mosbach, Stadt	III
Mössingen, Stadt	IV
Mühlacker, Stadt	IV
Müllheim im Markgräflerland, Stadt	IV
Münsingen, Stadt	III
Murrhardt, Stadt	III
Nagold, Stadt	IV
Neckargemünd, Stadt	IV
Neckarsulm, Stadt	IV
Neuenburg am Rhein, Stadt	V
Neuenstadt am Kocher, Stadt	II
Neuhausen auf den Fildern	V
Niefen-Öschelbronn	IV
Nürtingen, Stadt	V
Nußloch	V
Oberderdingen, Stadt	IV
Oberkirch, Stadt	III
Oberndorf am Neckar, Stadt	II
Obersulm	IV
Offenburg, Stadt	III
Oftersheim	IV
Öhringen, Stadt	IV
Ostfildern, Stadt	VI

Gemeinde	Mietenstufe
Östringen, Stadt	II
Pfinztal	IV
Pforzheim, Stadt	IV
Pfullendorf, Stadt	III
Pfullingen, Stadt	V
Philippsburg, Stadt	III
Plankstadt	IV
Plochingen, Stadt	VI
Radolfzell am Bodensee, Stadt	V
Rastatt, Stadt	III
Ravensburg, Stadt	V
Remchingen	III
Remseck am Neckar, Stadt	VI
Remshalden	IV
Renningen, Stadt	VI
Reutlingen, Stadt	IV
Rheinau, Stadt	I
Rheinfelden (Baden), Stadt	V
Rheinstetten, Stadt	IV
Riedlingen, Stadt	II
Rielasingen-Worblingen	IV
Rottenburg am Neckar, Stadt	V
Rottweil, Stadt	III
Rudersberg	III
Rutesheim, Stadt	VI
Sachsenheim, Stadt	V
Salem	III
Sandhausen	V
Schönaich	V
Schopfheim, Stadt	IV
Schorndorf, Stadt	V
Schramberg, Stadt	II
Schriesheim, Stadt	IV
Schwäbisch Gmünd, Stadt	III
Schwäbisch Hall, Stadt	IV
Schwaigern, Stadt	III
Schwaikheim	V
Schwetzingen, Stadt	IV
Schwieberdingen	VI

Gemeinde	Mietenstufe
Sigmaringen, Stadt	III
Sindelfingen, Stadt	V
Singen (Hohentwiel), Stadt	V
Sinsheim, Stadt	III
Sinzheim	III
Spaichingen, Stadt	III
St. Georgen im Schwarzwald, Stadt	II
St. Leon-Rot	IV
Steinen	V
Steinheim an der Murr, Stadt	IV
Stockach, Stadt	III
Straubenhardt	III
Stutensee, Stadt	IV
Stuttgart, Landeshauptstadt	VI
Sulz am Neckar, Stadt	II
Süßen, Stadt	IV
Tamm, Stadt	VII
Tauberbischofsheim, Stadt	II
Teningen	IV
Tettngang, Stadt	V
Titisee-Neustadt, Stadt	III
Trossingen, Stadt	IV
Tübingen, Universitätsstadt	VI
Tuttlingen, Stadt	IV
Überlingen, Stadt	V
Ubstadt-Weiher	III
Uhingen, Stadt	V
Ulm, Universitätsstadt	IV
Vaihingen an der Enz, Stadt	IV
Villingen-Schwenningen, Stadt	IV
Waghäusel, Stadt	III
Waiblingen, Stadt	VI
Waldbronn	IV
Waldkirch, Stadt	IV
Waldshut-Tiengen, Stadt	IV
Walldorf, Stadt	IV
Walldürn, Stadt	II
Wangen im Allgäu, Stadt	IV
Wehr, Stadt	IV

Gemeinde	Mietenstufe
Weil am Rhein, Stadt	VI
Weil der Stadt, Stadt	VI
Weingarten (Baden)	III
Weingarten, Stadt	VI
Weinheim, Stadt	IV
Weinsberg, Stadt	IV
Weinstadt, Stadt	V
Welzheim, Stadt	IV
Wendlingen am Neckar, Stadt	V
Wernau (Neckar), Stadt	V
Wertheim, Stadt	II
Wiesloch, Stadt	IV
Willstätt	II
Winnenden, Stadt	V

Kreis	Mietenstufe
Alb-Donau-Kreis	II
Biberach	II
Böblingen	V
Bodenseekreis	IV
Breisgau-Hochschwarzwald	IV
Calw	III
Emmendingen	III
Enzkreis	III
Esslingen	V
Freudenstadt	II
Göppingen	III
Heidenheim	III
Heilbronn	III
Hohenlohekreis	II
Karlsruhe	III
Konstanz	IV
Lörrach	IV
Ludwigsburg	V
Main-Tauber-Kreis	I
Neckar-Odenwald-Kreis	I
Ortenaukreis	II
Ostalbkreis	II
Rastatt	III

Kreis	Mietenstufe
Ravensburg	III
Rems-Murr-Kreis	IV
Reutlingen	III
Rhein-Neckar-Kreis	III
Rottweil	II
Schwäbisch-Hall	II
Schwarzwald-Baar-Kreis	II
Sigmaringen	II
Tübingen	IV
Tuttlingen	II
Waldshut	II
Zollernalbkreis	II

Land: Bayern

Gemeinde	Mietenstufe
Abensberg, Stadt	III
Aichach, Stadt	IV
Altdorf b. Nürnberg, Stadt	III
Altdorf, Markt	III
Altötting, Stadt	II
Altusried, Markt	III
Alzenau, Stadt	III
Amberg	II
Ansbach	III
Aschaffenburg, Stadt	IV
Augsburg, Stadt	V
Bad Abbach, Markt	III
Bad Aibling, Stadt	V
Bad Kissingen, Große Kreisstadt	II
Bad Neustadt a. d. Saale, Stadt	I
Bad Reichenhall, Große Kreisstadt	IV
Bad Staffelstein, Stadt	II
Bad Tölz, Stadt	V
Bad Windsheim, Stadt	II
Bad Wörishofen, Stadt	III
Bamberg, Stadt	III
Bayreuth, Stadt	III
Beilngries, Stadt	IV
Bobingen, Stadt	IV
Bogen, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Bruckmühl, Markt	IV
Buchloe, Stadt	V
Burgau, Stadt	IV
Burghausen, Stadt	III
Burgkirchen a. d. Alz	II
Burglengenfeld, Stadt	III
Burgthann	III
Cadolzburg, Markt	III
Cham, Stadt	I
Coburg, Stadt	II
Dachau, Große Kreisstadt	VII
Deggendorf, Große Kreisstadt	II
Diedorf, Markt	IV
Dießen am Ammersee, Markt	IV
Dillingen a. d. Donau, Große Kreisstadt	II
Dingolfing, Stadt	II
Dinkelsbühl, Große Kreisstadt	II
Donauwörth, Große Kreisstadt	II
Dorfen, Stadt	V
Ebersberg, Stadt	VI
Eching	VII
Eckental, Markt	III
Eggenfelden, Stadt	II
Eichenau	VII
Eichstätt, Große Kreisstadt	III
Erding, Große Kreisstadt	VI
Ergolding, Markt	IV
Erlangen, Stadt	IV
Essenbach, Markt	III
Feldkirchen-Westerham	V
Feucht, Markt	III
Feuchtwangen, Stadt	II
Forchheim, Große Kreisstadt	III
Freilassing, Stadt	IV
Freising, Große Kreisstadt	VII
Friedberg, Stadt	IV
Fürstenfeldbruck, Große Kreisstadt	VII
Fürth, Stadt	IV
Füssen, Stadt	IV

Gemeinde	Mietenstufe
Gaimersheim, Markt	VI
Garching b. München, Stadt	VII
Garmisch-Partenkirchen, Markt	VI
Gauting	VI
Geisenfeld, Stadt	IV
Gemünden a. Main, Stadt	I
Geretsried, Stadt	V
Germering, Große Kreisstadt	VII
Gersthofen, Stadt	IV
Gilching	VII
Gräfelfing	VII
Grafing b. München, Stadt	VII
Gröbenzell	VII
Großostheim, Markt	III
Grünwald	VII
Günzburg, Große Kreisstadt	III
Gunzenhausen, Stadt	II
Haar	VII
Hallbergmoos	VII
Hammelburg, Stadt	I
Haßfurt, Stadt	II
Hauzenberg, Stadt	I
Herrsching a. Ammersee	V
Hersbruck, Stadt	III
Herzogenaurach, Stadt	IV
Hilpoltstein, Stadt	II
Hirschaid, Markt	II
Höchstadt a. d. Aisch, Stadt	II
Hof, Stadt	I
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	VII
Holzkirchen, Markt	VI
Hösbach, Markt	III
Illertissen, Stadt	III
Immenstadt i. Allgäu, Stadt	III
Indersdorf, Markt	VI
Ingolstadt, Stadt	V
Ismaning	VII
Karlsfeld	VII
Karlstadt, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Kaufbeuren	III
Kaufering, Markt	IV
Kelheim, Stadt	III
Kempten (Allgäu)	IV
Kirchheim b. München	VII
Kirchseeon, Markt	VII
Kissing	V
Kitzingen, Große Kreisstadt	II
Kolbermoor, Stadt	V
Königsbrunn, Stadt	V
Kronach, Stadt	II
Krumbach (Schwaben), Stadt	III
Kulmbach, Stadt	II
Landau a. d. Isar, Stadt	II
Landsberg am Lech, Große Kreisstadt	VI
Landshut	IV
Langenzenn, Stadt	II
Lappersdorf, Markt	III
Lauf a. d. Pegnitz, Stadt	IV
Lauingen (Donau), Stadt	III
Lenggries	V
Lichtenfels, Stadt	I
Lindau (Bodensee), Große Kreisstadt	V
Lindenberg i. Allgäu, Stadt	IV
Lohr a. Main, Stadt	III
Mainburg, Stadt	IV
Maisach	VII
Manching, Markt	V
Marktheidenfeld, Stadt	II
Marktobersdorf, Stadt	IV
Marktredwitz, Große Kreisstadt	I
Maxhütte-Haidhof, Stadt	II
Meitingen, Markt	III
Memmingen	III
Mering, Markt	IV
Miesbach, Stadt	V
Mindelheim, Stadt	IV
Mömbris, Markt	II
Moosburg a. d. Isar, Stadt	VI

Gemeinde	Mietenstufe
Mühldorf a. Inn, Stadt	III
München, Landeshauptstadt	VII
Murnau a. Staffelsee, Markt	V
Neubiberg	VII
Neuburg a. d. Donau, Große Kreisstadt	IV
Neufahrn b. Freising	VII
Neumarkt i. d. OPf., Große Kreisstadt	III
Neusäß, Stadt	V
Neustadt a. d. Aisch, Stadt	II
Neustadt a. d. Donau, Stadt	III
Neustadt b. Coburg, Große Kreisstadt	I
Neutraubling, Stadt	IV
Neu-Ulm, Große Kreisstadt	V
Nördlingen, Große Kreisstadt	II
Nürnberg, Stadt	V
Oberasbach, Stadt	IV
Oberhaching	VII
Oberschleißheim	VII
Ochsenfurt, Stadt	II
Olching	VII
Osterhofen, Stadt	I
Ottobrunn	VII
Passau	III
Pegnitz, Stadt	II
Peißenberg, Markt	IV
Peiting, Markt	IV
Penzberg, Stadt	IV
Pfaffenhofen a. d. Ilm, Stadt	V
Pfarrkirchen, Stadt	II
Planegg	VII
Plattling, Stadt	II
Pocking, Stadt	II
Poing	VII
Prien a. Chiemsee, Markt	V
Puchheim	VII
Raubling	IV
Regen, Stadt	I
Regensburg, Stadt	V
Regenstauf, Markt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Rödental, Stadt	I
Roding, Stadt	II
Rosenheim, Stadt	VI
Roth, Stadt	III
Röthenbach a. d. Pegnitz, Stadt	III
Rothenburg ob der Tauber, Große Kreisstadt	II
Schongau, Stadt	IV
Schrobenhausen, Stadt	IV
Schwabach	IV
Schwaben, Markt	VII
Schwabmünchen, Stadt	IV
Schwandorf, Große Kreisstadt	II
Schweinfurt, Stadt	III
Selb, Große Kreisstadt	I
Senden, Stadt	V
Simbach a. Inn, Stadt	II
Sonthofen, Stadt	III
Stadtbergen, Stadt	IV
Starnberg, Stadt	VII
Stein, Stadt	IV
Stephanskirchen	V
Straubing	II
Sulzbach-Rosenberg, Stadt	I
Taufkirchen	II
Taufkirchen (Vils)	V
Traunreut, Stadt	III
Traunstein, Große Kreisstadt	IV
Treuchtlingen, Stadt	II
Trostberg, Stadt	II
Unterföhring	VII
Unterhaching	VII
Unterschleißheim, Stadt	VII
Vaterstetten	VII
Vilsbiburg, Stadt	II
Vilshofen an der Donau, Stadt	I
Vöhringen, Stadt	IV
Waldkirchen, Stadt	I
Waldkraiburg, Stadt	III
Wasserburg a. Inn, Stadt	V

Gemeinde	Mietenstufe
Weiden i. d. Opf.	II
Weilheim i. OB, Stadt	V
Weißenburg i. Bay, Große Kreisstadt	II
Weißenhorn, Stadt	IV
Wendelstein, Markt	IV
Werneck, Markt	I
Wolfratshausen, Stadt	VI
Wolnzach, Markt	III
Würzburg, Stadt	IV
Zirndorf, Stadt	III

Kreis	Mietenstufe
Aichach-Friedberg	III
Altötting	II
Amberg-Weizsbach	I
Ansbach	I
Aschaffenburg	III
Augsburg	III
Bad Kissingen	I
Bad Tölz-Wolfratshausen	V
Bamberg	II
Bayreuth	I
Berchtesgadener Land	III
Cham	I
Coburg	I
Dachau	V
Deggendorf	I
Dillingen an der Donau	II
Dingolfing-Landau	I
Donau-Ries	I
Ebersberg	VI
Eichstätt	III
Erding	V
Erlangen-Höchstadt	III
Forchheim	II
Freising	IV
Freyung-Grafenau	I
Fürstenfeldbruck	VII
Fürth	III

Kreis	Mietenstufe
Garmisch-Partenkirchen	V
Günzburg	II
Haßberge	I
Hof	I
Kelheim	I
Kitzingen	I
Kronach	I
Kulmbach	I
Landsberg am Lech	V
Landshut	II
Lichtenfels	I
Lindau (Bodensee)	III
Main-Spessart	I
Miesbach	V
Miltenberg	II
Mühldorf am Inn	II
München	VII
Neuburg-Schrobenhausen	II
Neumarkt in der Oberpfalz	II
Neustadt an der Waldnaab	I
Neustadt/Aisch-Bad Windsheim	I
Neu-Ulm	III
Nürnberger Land	II
Oberallgäu	III
Ostallgäu	II
Passau	I
Pfaffenhofen an der Ilm	IV
Regen	I
Regensburg	III
Rhön-Grabfeld	I
Rosenheim	IV
Roth	II
Rottal-Inn	I
Schwandorf	I
Schweinfurt	I
Sternberg	V
Straubing-Bogen	I
Tirschenreuth	I
Traunstein	II

Kreis	Mietenstufe
Unterallgäu	II
Weilheim-Schongau	III
Weißenburg-Gunzenhausen	I
Wunsiedel im Fichtelgebirge	I
Würzburg	III

Land: Berlin

Gemeinde	Mietenstufe
Berlin, Stadt	IV

Land: Brandenburg

Gemeinde	Mietenstufe
Ahrensfelde	III
Angermünde, Stadt	II
Bad Belzig, Stadt	II
Bad Freienwalde (Oder), Stadt	I
Beelitz, Stadt	III
Bernau bei Berlin, Stadt	III
Blankenfelde-Mahlow	IV
Brandenburg an der Havel, Stadt	II
Brieselang	IV
Cottbus/Chósebuz, Stadt	II
Dallgow-Döberitz	V
Eberswalde, Stadt	III
Eisenhüttenstadt, Stadt	II
Erkner, Stadt	III
Falkensee, Stadt	IV
Finsterwalde, Stadt	I
Forst (Lausitz)/Baršć (Łužyca), Stadt	I
Frankfurt (Oder), Stadt	II
Fredersdorf-Vogelsdorf	IV
Fürstenwalde/Spree, Stadt	II
Glienicke/Nordbahn	VI
Guben, Stadt	I
Hennigsdorf, Stadt	II
Hohen Neuendorf, Stadt	V
Hoppegarten	V
Jüterbog, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Kleinmachnow	IV
Kloster Lehnin	II
Königs Wusterhausen, Stadt	III
Lauchhammer, Stadt	II
Lübben (Spreewald) / Lubin (Błota), Stadt	II
Lübbenau/Spreewald / Lubnjow/Błota, Stadt	I
Luckenwalde, Stadt	II
Ludwigsfelde, Stadt	III
Michendorf	V
Mittenwalde, Stadt	IV
Mühlenbecker Land	IV
Nauen, Stadt	IV
Neuenhagen bei Berlin	IV
Neuruppin, Stadt	III
Oberkrämer	III
Oranienburg, Stadt	III
Panketal	V
Perleberg, Stadt	I
Petershagen/Eggersdorf	IV
Potsdam, Stadt	IV
Prenzlau, Stadt	II
Pritzwalk, Stadt	I
Rangsdorf	IV
Rathenow, Stadt	I
Rüdersdorf bei Berlin	II
Schönefeld	VI
Schöneiche bei Berlin	IV
Schönwalde-Glien	III
Schorfheide	II
Schwedt/Oder, Stadt	I
Schwielowsee	IV
Senftenberg/Złty Komorow, Stadt	II
Spremberg/Grodk, Stadt	I
Stahnsdorf	V
Strausberg, Stadt	II
Teltow, Stadt	IV
Templin, Stadt	II
Velten, Stadt	III
Wandlitz	III

Gemeinde	Mietenstufe
Werder (Havel), Stadt	IV
Wildau, Stadt	IV
Wittenberge, Stadt	I
Wittstock/Dosse, Stadt	I
Wustermark	IV
Zehdenick, Stadt	I
Zeuthen	IV
Zossen, Stadt	III

Kreis	Mietenstufe
Barnim	II
Dahme-Spreewald	II
Elbe-Elster	I
Havelland	I
Märkisch-Oderland	I
Oberhavel	II
Oberspreewald-Lausitz	I
Oder-Spree	II
Ostprignitz-Ruppin	I
Potsdam-Mittelmark	II
Prignitz	I
Spree-Neiße	I
Teltow-Fläming	I
Uckermark	I

Land: Bremen

Gemeinde	Mietenstufe
Bremen, Stadt	IV
Bremerhaven, Stadt	II

Land: Hamburg

Gemeinde	Mietenstufe
Hamburg, Freie und Hansestadt	V

Land: Hessen

Gemeinde	Mietenstufe
Alsfeld, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Altstadt	III
Aßlar, Stadt	III
Babenhausen, Stadt	IV
Bad Arolsen, Stadt	I
Bad Camberg, Stadt	III
Bad Hersfeld, Kreisstadt	II
Bad Homburg v. d. Höhe, Stadt	VII
Bad Nauheim, Stadt	V
Bad Schwalbach, Kreisstadt	IV
Bad Soden am Taunus, Stadt	VI
Bad Soden-Salmünster, Stadt	II
Bad Vilbel, Stadt	VI
Bad Wildungen, Stadt	I
Baunatal, Stadt	III
Bebra, Stadt	I
Bensheim, Stadt	IV
Biedenkopf, Stadt	I
Bischofsheim	V
Borken (Hessen), Stadt	I
Braunfels, Stadt	III
Bruchköbel, Stadt	IV
Büdingen, Stadt	II
Bürstadt, Stadt	III
Buseck	II
Büttelborn	V
Butzbach, Friedrich-Ludwig-Weidig-Stadt	III
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	VI
Dautphetal	I
Dieburg, Stadt	V
Dietzenbach, Kreisstadt	VII
Dillenburg, Oranienstadt	II
Dreieich, Stadt	VI
Egelsbach	V
Eichenzell	II
Eitville am Rhein, Stadt	V
Eppstein, Stadt	V
Erbach, Kreisstadt	III
Erlensee, Stadt	V
Eschborn, Stadt	VI

Gemeinde	Mietenstufe
Eschwege, Kreisstadt	I
Felsberg, Stadt	I
Flörsheim am Main, Stadt	VI
Frankenberg (Eder), Philipp-Soldan-Stadt	I
Frankfurt am Main, Stadt	VI
Freigericht	III
Friedberg (Hessen), Kreisstadt	IV
Friedrichsdorf, Stadt	VI
Fritzlar, Dom- und Kaiserstadt	II
Fulda, Stadt	III
Fuldaatal	III
Fürth	II
Geisenheim, Hochschulstadt	IV
Gelnhausen, Barbarossastadt, Kreisstadt	IV
Gernsheim, Schöfferstadt	IV
Gießen, Universitätsstadt	IV
Ginsheim-Gustavsburg, Stadt	V
Gladenbach, Stadt	II
Griesheim, Stadt	VI
Groß-Gerau, Stadt	VI
Groß-Umstadt, Stadt	III
Groß-Zimmern	V
Grünberg, Stadt	I
Gründau	III
Hadamar, Stadt	II
Haiger, Stadt	II
Hainburg	III
Hanau, Brüder-Grimm-Stadt	V
Hattersheim am Main, Stadt	VI
Heppenheim (Bergstraße), Kreisstadt	IV
Herborn, Stadt	III
Hessisch Lichtenau, Stadt	I
Heusenstamm, Stadt	VI
Hochheim am Main, Stadt	VI
Hofgeismar, Stadt	I
Hofheim am Taunus, Kreisstadt	V
Homburg (Efze), Reformationsstadt, Kreisstadt	I
Hünfeld, Konrad-Zuse-Stadt	I
Hungen, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Hünstetten	II
Hüttenberg	III
Idstein, Hochschulstadt	III
Karben, Stadt	V
Kassel, documenta-Stadt	III
Kaufungen	II
Kelkheim (Taunus), Stadt	VI
Kelsterbach, Stadt	IV
Kirchhain, Stadt	II
Königstein im Taunus, Stadt	VII
Korbach, Hansestadt, Kreisstadt	II
Kriftel	V
Kronberg im Taunus, Stadt	VI
Künzell	II
Lampertheim, Stadt	III
Langen (Hessen), Stadt	VI
Langenselbold, Stadt	IV
Langgöns	II
Lauterbach (Hessen), Kreisstadt	II
Lich, Stadt	III
Limburg a. d. Lahn, Kreisstadt	II
Linden, Stadt	IV
Lohfelden	III
Lollar, Stadt	III
Lorsch, Karolingerstadt	III
Maintal, Stadt	V
Marburg, Universitätsstadt	IV
Melsungen, Stadt	I
Michelstadt, Stadt	III
Mörfelden-Walldorf, Stadt	VI
Mörlenbach	II
Mühlheim am Main, Stadt	V
Mühltal	VI
Münster (Hessen)	V
Nauheim	V
Neu-Anspach, Stadt	V
Neuhof	I
Neu-Isenburg, Hugenotten- und Waldenserstadt	VI
Nidda, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Nidderau, Stadt	IV
Niedernhausen	V
Niestetal	II
Ober-Ramstadt, Stadt	V
Obertshausen, Stadt	V
Oberursel (Taunus), Stadt	VI
Oestrich-Winkel, Stadt	IV
Offenbach am Main, Stadt	VI
Petersberg	III
Pfungstadt, Stadt	V
Pohlheim, Stadt	II
Raunheim, Stadt	VI
Reinheim, Stadt	IV
Reiskirchen	II
Riedstadt, Büchnerstadt	IV
Rodenbach	IV
Rödermark, Stadt	V
Rodgau, Stadt	V
Rosbach v. d. Höhe, Stadt	IV
Roßdorf	V
Rotenburg a. d. Fulda, Stadt	I
Rüsselsheim am Main, Stadt	VI
Schauenburg	II
Schlüchtern, Stadt	III
Schöneck	IV
Schwalbach am Taunus, Stadt	VI
Schwalmstadt, Konfirmationsstadt	I
Seeheim-Jugenheim	V
Seligenstadt, Einhardstadt	IV
Solms, Stadt	II
Stadtallendorf, Stadt	II
Steinau an der Straße, Brüder-Grimm-Stadt	II
Steinbach (Taunus), Stadt	V
Taunusstein, Stadt	IV
Trebur	IV
Usingen, Stadt	IV
Vellmar, Stadt	III
Viernheim, Stadt	IV
Wächtersbach, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Wald-Michelbach	II
Weilburg, Stadt	II
Weiterstadt, Stadt	V
Wettenberg	III
Wetzlar, Stadt	III
Wiesbaden, Landeshauptstadt	VI
Witzenhausen, Stadt	I
Wolfhagen, Hans-Staden-Stadt	I

Kreis	Mietenstufe
Bergstraße	III
Darmstadt-Dieburg	IV
Fulda	I
Gießen	II
Groß-Gerau	IV
Hersfeld-Rotenburg	I
Hochtaunuskreis	IV
Kassel	I
Lahn-Dill-Kreis	I
Limburg-Weilburg	I
Main-Kinzig-Kreis	III
Main-Taunus-Kreis	VI
Marburg-Biedenkopf	I
Odenwaldkreis	II
Offenbach	IV
Rheingau-Taunus-Kreis	III
Schwalm-Eder-Kreis	I
Vogelsbergkreis	I
Waldeck-Frankenberg	I
Werra-Meißner-Kreis	I
Wetteraukreis	II

Land: Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinde	Mietenstufe
Anklam, Hansestadt	II
Bad Doberan, Stadt	III
Bergen auf Rügen, Stadt	II
Boizenburg/Elbe, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Greifswald, Universitäts- und Hansestadt	III
Grevesmühlen, Stadt	II
Güstrow, Barlachstadt	II
Hagenow, Stadt	I
Ludwigslust, Stadt	I
Neubrandenburg, Vier-Tore-Stadt	II
Neustrelitz, Residenzstadt	I
Parchim, Stadt	I
Ribnitz-Damgarten, Bernsteinstadt	II
Rostock, Hanse- und Universitätsstadt	III
Schwerin, Landeshauptstadt	III
Stralsund, Hansestadt	III
Waren (Müritz), Stadt	II
Wismar, Hansestadt	II
Wolgast, Stadt	II

Kreis	Mietenstufe
Landkreis Rostock	II
Ludwigslust-Parchim	I
Mecklenburgische Seenplatte	I
Nordwestmecklenburg	II
Vorpommern-Greifswald	I
Vorpommern-Rügen	II

Land: Niedersachsen

Gemeinde	Mietenstufe
Achim, Stadt	III
Adendorf	IV
Aerzen, Flecken	I
Alfeld (Leine), Stadt	I
Apen	I
Aurich, Stadt	II
Bad Bentheim, Stadt	II
Bad Essen	I
Bad Fallingb. b. Bielefeld, Stadt	I
Bad Harzburg, Stadt	II
Bad Iburg, Stadt	II
Bad Lauterberg im Harz, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Bad Münder am Deister, Stadt	I
Bad Nenndorf, Stadt	II
Bad Pyrmont, Stadt	I
Bad Salzdetfurth, Stadt	I
Bad Zwischenahn	II
Barsinghausen, Stadt	III
Barßel	I
Bassum, Stadt	II
Belm	II
Bergen, Stadt	I
Beverstedt	I
Bissendorf	I
Bohmte	I
Bovenden, Flecken	III
Brake (Unterweser), Stadt	II
Bramsche, Stadt	I
Braunschweig, Stadt	IV
Bremervörde, Stadt	II
Buchholz in der Nordheide, Stadt	VI
Bückeburg, Stadt	II
Burgdorf, Stadt	III
Burgwedel, Stadt	IV
Buxtehude, Hansestadt	V
Celle, Stadt	III
Clausthal-Zellerfeld, Berg- und Universitätsstadt	I
Cloppenburg, Stadt	II
Cremlingen	II
Cuxhaven, Stadt	II
Damme, Stadt	I
Delmenhorst, Stadt	III
Diepholz, Stadt	II
Dinklage, Stadt	I
Dissen am Teutoburger Wald, Stadt	II
Drochtersen	II
Duderstadt, Stadt	I
Edemissen	I
Edewecht	II
Einbeck, Stadt	I
Emden, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Emsbüren	I
Emstek	I
Friedeburg	I
Friesoythe, Stadt	I
Ganderkesee	II
Garbsen, Stadt	IV
Garrel	I
Geeste	I
Geestland, Stadt	II
Gehrden, Stadt	III
Georgsmarienhütte, Stadt	II
Gifhorn, Stadt	III
Goldenstedt	I
Goslar, Stadt	II
Göttingen, Stadt	IV
Gronau (Leine), Stadt	I
Großefehn	I
Großenkneten	II
Hagen am Teutoburger Wald	I
Hagen im Bremischen	I
Hambühren	II
Hamel, Stadt	II
Hann. Münden, Stadt	I
Hannover, Landeshauptstadt	V
Haren (Ems), Stadt	I
Harsefeld, Flecken	IV
Harsum	I
Hasbergen	II
Haselünne, Stadt	I
Hatten	II
Helmstedt, Stadt	II
Hemmingen, Stadt	III
Herzberg am Harz, Stadt	I
Hessisch Oldendorf, Stadt	I
Hildesheim, Stadt	III
Hilte am Teutoburger Wald	I
Holzwinden, Stadt	I
Hude (Oldb)	II
Ihlow	I

Gemeinde	Mietenstufe
Ilsede	II
Isernhagen	IV
Jever, Stadt	I
Jork	IV
Kirchlinteln	I
Königslutter am Elm, Stadt	I
Krummhörn	I
Laatzen, Stadt	IV
Langelsheim, Stadt	I
Langenhagen, Stadt	IV
Langwedel, Flecken	II
Leer (Ostfriesland), Stadt	II
Lehre	II
Lehrte, Stadt	III
Lengede	III
Lilienthal	III
Lingen (Ems), Stadt	II
Lohne (Oldenburg), Stadt	II
Lönigen, Stadt	I
Loxstedt	II
Lüneburg, Hansestadt	V
Melle, Stadt	II
Meppen, Stadt	II
Moormerland	I
Munster, Stadt	II
Neu Wulmstorf	VI
Neuenhaus, Stadt	I
Neustadt am Rübenberge, Stadt	II
Nienburg (Weser), Stadt	II
Norden, Stadt	III
Nordenham, Stadt	I
Nordhorn, Stadt	II
Nordstemmen	I
Northeim, Stadt	II
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	IV
Osnabrück, Stadt	IV
Osterholz-Scharmbeck, Stadt	II
Osterode am Harz, Stadt	I
Ostrhauderfehn	I

Gemeinde	Mietenstufe
Ottersberg, Flecken	II
Oyten	III
Papenburg, Stadt	I
Pattensen, Stadt	III
Peine, Stadt	III
Quakenbrück, Stadt	II
Rastede	II
Rhauderfehn	I
Rinteln, Stadt	I
Ritterhude	III
Ronnenberg, Stadt	IV
Rosdorf	III
Rosengarten	VI
Rotenburg (Wümme), Stadt	III
Salzgitter, Stadt	II
Sarstedt, Stadt	II
Sassenburg	II
Saterland	I
Scheeßel	II
Schiffdorf	II
Schneverdingen, Stadt	II
Schöningen, Stadt	I
Schortens, Stadt	II
Schüttorf, Stadt	II
Schwanewede	II
Seelze, Stadt	III
Seesen, Stadt	I
Seevetal	V
Sehnde, Stadt	III
Soltau, Stadt	II
Springe, Stadt	II
Stade, Hansestadt	IV
Stadthagen, Stadt	II
Steinfeld (Oldenburg)	I
Stelle	IV
Stuhr	III
Südbrookmerland	I
Südheide	I
Sulingen, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Syke, Stadt	II
Tostedt	IV
Twistringen, Stadt	II
Uelzen, Hansestadt	II
Uetze	II
Uplengen	I
Uslar, Stadt	I
Varel, Stadt	I
Vechede	II
Vechta, Stadt	III
Verden (Aller), Stadt	II
Wallenhorst	II
Walsrode, Stadt	II
Wardenburg	II
Wedemark	III
Weener, Stadt	I
Wendeburg	II
Wennigsen (Deister)	II
Werlte, Stadt	I
Westerstede, Stadt	II
Westoverledingen	I
Weyhe	III
Wiefelstede	III
Wiesmoor, Stadt	I
Wietmarschen	I
Wildeshausen, Stadt	II
Wilhelmshaven, Stadt	II
Winsen (Aller)	II
Winsen (Luhe), Stadt	V
Wittingen, Stadt	I
Wittmund, Stadt	I
Wolfenbüttel, Stadt	III
Wolfsburg, Stadt	IV
Wunstorf, Stadt	III
Wurster Nordseeküste	II
Zetel	I
Zeven, Stadt	II

Kreis	Mietenstufe
Aurich	I
Celle	II
Cloppenburg	I
Cuxhaven	I
Diepholz	I
Emsland	I
Friesland	I
Gifhorn	II
Göttingen	I
Goslar	I
Grafschaft Bentheim	I
Hameln-Pyrmont	I
Harburg	III
Helmstedt	I
Hildesheim	I
Holz Minden	I
Leer	I
Lüchow-Dannenberg	I
Lüneburg	III
Nienburg (Weser)	I
Northeim	I
Oldenburg (Oldenburg)	I
Osnabrück	I
Osterholz	I
Peine	I
Rotenburg (Wümme)	I
Schaumburg	I
Soltau-Fallingb.ostel	I
Stade	III
Uelzen	I
Vechta	I
Verden	I
Wesermarsch	I
Wittmund	I
Wolfenbüttel	I

Land: Nordrhein-Westfalen

Gemeinde	Mietenstufe
Aachen, Stadt	IV

Gemeinde	Mietenstufe
Ahaus, Stadt	II
Ahlen, Stadt	II
Aldenhoven	II
Alfter	IV
Alpen	II
Alsdorf, Stadt	III
Altena, Stadt	I
Altenberge	II
Anröchte	I
Arnsberg, Stadt	I
Ascheberg	II
Attendorn, Hansestadt	II
Bad Berleburg, Stadt	II
Bad Driburg, Stadt	I
Bad Honnef, Stadt	IV
Bad Laasphe, Stadt	I
Bad Lippspringe, Stadt	II
Bad Münstereifel, Stadt	II
Bad Oeynhausen, Stadt	II
Bad Salzuflen, Stadt	II
Bad Sassendorf	II
Bad Wünnenberg, Stadt	I
Baesweiler, Stadt	II
Balve, Stadt	I
Beckum, Stadt	II
Bedburg, Stadt	III
Bedburg-Hau	II
Bergheim, Stadt	IV
Bergisch Gladbach, Stadt	V
Bergkamen, Stadt	III
Bergneustadt, Stadt	II
Bestwig	I
Beverungen, Stadt	I
Bielefeld, Stadt	III
Billerbeck, Stadt	II
Blomberg, Stadt	I
Bocholt, Stadt	III
Bochum, Stadt	III
Bönen	II

Gemeinde	Mietenstufe
Bonn, Stadt	V
Borchen	I
Borken, Stadt	II
Bornheim, Stadt	V
Bottrop, Stadt	III
Brakel, Stadt	I
Brilon, Stadt	I
Brüggen, Burggemeinde	II
Brühl, Stadt	V
Bünde, Stadt	II
Burbach	II
Büren, Stadt	I
Burscheid, Stadt	III
Castrop-Rauxel, Stadt	III
Coesfeld, Stadt	II
Datteln, Stadt	II
Delbrück, Stadt	II
Detmold, Stadt	III
Dinslaken, Stadt	III
Dormagen, Stadt	V
Dorsten, Stadt	II
Dortmund, Stadt	III
Drensteinfurt, Stadt	II
Drolshagen, Stadt	II
Duisburg, Stadt	III
Dülmen, Stadt	II
Düren, Stadt	III
Düsseldorf, Stadt	VI
Eitorf	II
Elsdorf, Stadt	III
Emmerich am Rhein, Stadt	II
Emsdetten, Stadt	II
Engelskirchen	III
Enger, Widukindstadt	I
Ennepetal, Stadt der Kluterthöhle	II
Ennigerloh, Stadt	I
Ense	I
Erfstadt, Stadt	IV
Erkelenz, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Erkrath, Fundort des Neanderthalers, Stadt	IV
Erwitte, Stadt	I
Eschweiler, Stadt	III
Espelkamp, Stadt	I
Essen, Stadt	IV
Euskirchen, Stadt	III
Extertal	I
Finnentrop	I
Frechen, Stadt	V
Freudenberg, Stadt	II
Fröndenberg/Ruhr, Stadt	II
Gangelt	II
Geilenkirchen, Stadt	II
Geldern, Stadt	III
Gelsenkirchen, Stadt	II
Gescher, Glockenstadt	II
Geseke, Stadt	II
Gevelsberg, Stadt	II
Gladbeck, Stadt	III
Goch, Stadt	II
Grefrath, Sport- und Freizeitgemeinde	II
Greven, Stadt	III
Grevenbroich, Stadt	III
Gronau (Westf.), Stadt	II
Gummersbach, Stadt	II
Gütersloh, Stadt	III
Haan, Stadt	IV
Hagen, Stadt der FernUniversität	II
Halle (Westf.), Stadt	II
Haltern am See, Stadt	III
Halver, Stadt	II
Hamm, Stadt	II
Hamminkeln, Stadt	II
Harsewinkel, Die Mähdrescherstadt	II
Hattingen, Stadt	III
Havixbeck	III
Heiligenhaus, Stadt	IV
Heinsberg, Stadt	II
Hemer, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Hennef (Sieg), Stadt	IV
Herdecke, Stadt	II
Herford, Hansestadt	III
Herne, Stadt	II
Herten, Stadt	II
Herzebrock-Clarholz	II
Herzogenrath, Stadt	III
Hiddenhausen	II
Hilchenbach, Stadt	II
Hilden, Stadt	IV
Hille	I
Holzwickede	II
Horn-Bad Meinberg, Stadt	I
Hörstel, Stadt	I
Hövelhof, Sennegemeinde	I
Höxter, Stadt	I
Hückelhoven, Stadt	II
Hückeswagen, Schloss-Stadt	II
Hüllhorst	I
Hünxe	II
Hürth, Stadt	V
Ibbenbüren, Stadt	II
Iserlohn, Stadt	II
Isselburg, Stadt	I
Issum	II
Jüchen, Stadt	II
Jülich, Stadt	II
Kaarst, Stadt	V
Kalkar, Stadt	II
Kall	II
Kalletal	I
Kamen, Stadt	III
Kamp-Lintfort, Stadt	III
Kempen, Stadt	III
Kerken	II
Kerpen, Kolpingstadt	IV
Kevelaer, Stadt	II
Kierspe, Stadt	II
Kirchhundem	I

Gemeinde	Mietenstufe
Kirchlengern	I
Kleve, Stadt	II
Köln, Stadt	VI
Königswinter, Stadt	IV
Korschenbroich, Stadt	III
Kranenburg	III
Krefeld, Stadt	III
Kreuzau	II
Kreuztal, Stadt	II
Kürten	III
Lage, Stadt	I
Langenfeld (Rheinland), Stadt	IV
Langerwehe	II
Leichlingen (Rheinland), Blütenstadt	IV
Lemgo, Stadt	II
Lengerich, Stadt	II
Lennestadt, Stadt	I
Leopoldshöhe	II
Leverkusen, Stadt	IV
Lichtenau, Stadt	I
Lindlar	III
Linnich, Stadt	II
Lippetal	I
Lippstadt, Stadt	II
Lohmar, Stadt	IV
Löhne, Stadt	II
Lotte	II
Lübbecke, Stadt	I
Lüdenscheid, Stadt	II
Lüdinghausen, Stadt	II
Lünen, Stadt	III
Marienheide	II
Marl, Stadt	III
Marsberg, Stadt	I
Mechernich, Stadt	II
Meckenheim, Stadt	IV
Meerbusch, Stadt	V
Meinerzhagen, Stadt	II
Menden (Sauerland), Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Merzenich	III
Meschede, Kreis- und Hochschulstadt	I
Mettingen	II
Mettmann, Stadt	IV
Minden, Stadt	II
Moers, Stadt	III
Möhnesee	I
Mönchengladbach, Stadt	IV
Monheim am Rhein, Stadt	VI
Monschau, Stadt	II
Morsbach	I
Much	III
Mülheim an der Ruhr, Stadt	III
Münster, Stadt	V
Netphen, Stadt	II
Nettetal, Stadt	II
Neuenkirchen	I
Neuenrade, Stadt	II
Neukirchen-Vluyn, Stadt	III
Neunkirchen	II
Neunkirchen-Seelscheid	III
Neuss, Stadt	IV
Nideggen, Stadt	II
Niederkassel, Stadt	IV
Niederkrüchten	II
Niederzier	II
Nordkirchen	II
Nordwalde	II
Nörvenich	II
Nottuln	III
Nümbrecht	II
Oberhausen, Stadt	II
Ochtrup, Stadt	II
Odenthal	III
Oelde, Stadt	II
Oer-Erkenschwick, Stadt	II
Oerlinghausen, Stadt	II
Olfen, Stadt	II
Olpe, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Olsberg, Stadt	I
Ostbevern	II
Overath, Stadt	IV
Paderborn, Stadt	II
Petershagen, Stadt	I
Plettenberg, Stadt	II
Porta Westfalica, Stadt	I
Preußisch Oldendorf, Stadt	I
Pulheim, Stadt	V
Radevormwald, Stadt auf der Höhe	II
Raesfeld	I
Rahden, Stadt	I
Ratingen, Stadt	V
Recke	I
Recklinghausen, Stadt	II
Rees, Stadt	II
Reichshof	I
Reken	I
Remscheid, Stadt	III
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	III
Rhede, Stadt	III
Rheinbach, Stadt	IV
Rheinberg, Stadt	III
Rheine, Stadt	II
Rietberg, Stadt	II
Rödinghausen	I
Rommerskirchen	III
Rosendahl	I
Rösrath, Stadt	V
Ruppichterath	II
Rüthen, Stadt	I
Salzkotten, Stadt	I
Sankt Augustin, Stadt	IV
Sassenberg, Stadt	II
Schalksmühle	II
Schermbek	II
Schleiden, Stadt	I
Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	II
Schmallenberg, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Schwalmtal	II
Schwelm, Stadt	II
Schwerte, Hansestadt an der Ruhr	II
Selfkant	II
Selm, Stadt	III
Senden	III
Sendenhorst, Stadt	II
Siegburg, Stadt	V
Siegen, Universitätsstadt	III
Simmerath	II
Soest, Stadt	II
Solingen, Klingenstein	III
Spenge, Stadt	II
Sprockhövel, Stadt	II
Stadtlohn, Stadt	II
Steinfurt, Stadt	II
Steinhagen	II
Steinheim, Stadt	I
Stemwede	I
Stolberg (Rhd.), Kupferstadt	III
Straelen, Stadt	II
Sundern (Sauerland), Stadt	I
Swisttal	III
Telgte, Stadt	III
Tönisvorst, Stadt	III
Troisdorf, Stadt	IV
Übach-Palenberg, Stadt	II
Unna, Stadt	II
Velbert, Stadt	III
Velen, Stadt	I
Verl, Stadt	II
Versmold, Stadt	II
Viersen, Stadt	III
Vlotho, Stadt	I
Voerde (Niederrhein), Stadt	II
Vreden, Stadt	II
Wachtberg	IV
Wadersloh	II
Waldbröl, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Waltrop, Stadt	III
Warburg, Hansestadt	I
Warendorf, Stadt	II
Warstein, Stadt	I
Wassenberg, Stadt	II
Weeze	II
Wegberg, Stadt	II
Weilerswist	III
Welper	II
Wenden	I
Werdohl, Stadt	II
Werl, Stadt	II
Wermelskirchen, Stadt	III
Werne, Stadt	II
Werther (Westf.), Stadt	II
Wesel, Stadt	II
Wesseling, Stadt	IV
Westerkappeln	II
Wetter (Ruhr), Stadt	III
Wickede (Ruhr)	II
Wiehl, Stadt	II
Willich, Stadt	III
Wilnsdorf	II
Windeck	II
Winterberg, Stadt	I
Wipperfürth, Hansestadt	II
Witten, Stadt	III
Wülfrath, Stadt	III
Wuppertal, Stadt	III
Würselen, Stadt	III
Xanten, Stadt	III
Zülpich, Stadt	II

Kreis	Mietenstufe
Borken	I
Düren	II
Ennepe-Ruhr-Kreis	II
Euskirchen	I
Gütersloh	II

Kreis	Mietenstufe
Heinsberg	I
Hochsauerlandkreis	I
Höxter	I
Kleve	I
Lippe	I
Märkischer Kreis	I
Paderborn	I
Siegen-Wittgenstein	II
Städteregion Aachen	II
Steinfurt	I
Warendorf	II
Wesel	II

Land: Rheinland-Pfalz

Gemeinde	Mietenstufe
Alzey, Stadt	III
Andernach, Stadt	II
Bad Dürkheim, Stadt	III
Bad Ems, Stadt	II
Bad Kreuznach, Stadt	III
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	III
Bendorf, Stadt	II
Betzdorf, Stadt	I
Bingen am Rhein, Stadt	IV
Bitburg, Stadt	II
Bobenheim-Roxheim	III
Böhl-Iggelheim	II
Boppard, Stadt	II
Diez, Stadt	II
Frankenthal (Pfalz), kreisfreie Stadt	IV
Germersheim, Stadt	IV
Grafschaft	III
Grünstadt, Stadt	III
Haßloch	II
Herxheim bei Landau/Pfalz	III
Idar-Oberstein, Stadt	I
Ingelheim am Rhein, Stadt	V
Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	II
Koblenz, kreisfreie Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Konz, Stadt	III
Lahnstein, Stadt	III
Landau in der Pfalz, kreisfreie Stadt	IV
Limburgerhof	IV
Ludwigshafen am Rhein, kreisfreie Stadt	IV
Mainz, kreisfreie Stadt	VI
Mayen, Stadt	II
Montabaur, Stadt	II
Morbach	I
Mülheim-Kärlich, Stadt	II
Mutterstadt	IV
Neustadt an der Weinstraße, kreisfreie Stadt	III
Neuwied, Stadt	III
Pirmasens, kreisfreie Stadt	I
Remagen, Stadt	III
Schifferstadt, Stadt	III
Sinzig, Stadt	III
Speyer, kreisfreie Stadt	III
Trier, kreisfreie Stadt	III
Wittlich, Stadt	II
Worms, kreisfreie Stadt	III
Wörth am Rhein, Stadt	IV
Zweibrücken, kreisfreie Stadt	I

Kreis	Mietenstufe
Ahrweiler	I
Altenkirchen (Westerwald)	I
Alzey-Worms	II
Bad Dürkheim	II
Bad Kreuznach	I
Bernkastel-Wittlich	I
Birkenfeld	I
Bitburg-Prüm	I
Cochem-Zell	I
Donnersbergkreis	II
Germersheim	III
Kaiserslautern	I
Kusel	I
Mainz-Bingen	III

Kreis	Mietenstufe
Mayen-Koblenz	I
Neuwied	I
Rhein-Hunsrück-Kreis	I
Rhein-Lahn-Kreis	I
Rhein-Pfalz-Kreis	III
Südliche Weinstraße	II
Südwestpfalz	I
Trier-Saarburg	I
Vulkaneifel	I
Westerwaldkreis	I

Land: Saarland

Gemeinde	Mietenstufe
Beckingen	I
Bexbach, Stadt	I
Blieskastel, Stadt	I
Dillingen/Saar, Stadt	II
Eppelborn	I
Friedrichthal, Stadt	II
Heusweiler	II
Homburg, Kreisstadt	II
Illingen	II
Kirkel	I
Kleinblittersdorf	I
Lebach, Stadt	I
Losheim am See	II
Mandelbachtal	I
Marpingen	I
Merchweiler	I
Merzig, Kreisstadt	II
Mettlach	II
Neunkirchen, Kreisstadt	II
Ottweiler, Stadt	II
Püttlingen, Stadt	II
Quierschied	I
Rehlingen-Siersburg	I
Riegelsberg	II
Saarbrücken, Landeshauptstadt	III
Saarlouis, Kreisstadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Saarwellingen	I
Schiffweiler	I
Schmelz	I
Schwalbach	II
Spiesen-Elversberg	I
St. Ingbert, Stadt	II
St. Wendel, Kreisstadt	I
Sulzbach/Saar, Stadt	II
Tholey	I
Überherrn	I
Völklingen, Stadt	II
Wadern, Stadt	I
Wadgassen	II

Kreis	Mietenstufe
Merzig-Wadern	II
Regionalverband Saarbrücken	I
Saarlouis	I
Saarpfalz-Kreis	I
Sankt Wendel	I

Land: Sachsen

Gemeinde	Mietenstufe
Annaberg-Buchholz, Stadt	I
Aue-Bad Schlema, Stadt	I
Auerbach/Vogtl., Stadt	I
Bannewitz	III
Bautzen/Budyšin, Stadt	I
Bischofswerda, Stadt	I
Borna, Stadt	I
Burgstädt, Stadt	I
Chemnitz, Stadt	I
Coswig, Stadt	II
Crimmitschau, Stadt	I
Delitzsch, Stadt	II
Dippoldiswalde, Stadt	I
Döbeln, Stadt	I
Dresden, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Ebersbach-Neugersdorf, Stadt	I
Eilenburg, Stadt	II
Flöha, Stadt	I
Frankenberg/Sa., Garnisonsstadt	I
Freiberg, Universitätsstadt	II
Freital, Stadt	II
Frohburg, Stadt	I
Glauchau, Stadt	I
Görlitz, Hochschulstadt	I
Grimma, Stadt	I
Großenhain, Stadt	I
Heidenau, Stadt	II
Hohenstein-Ernstthal, Stadt	I
Hoyerswerda/Wojerecy, Stadt	I
Kamenz/Kamjenc, Stadt	I
Klipphausen	II
Leipzig, Stadt	II
Lichtenstein/Sa., Stadt	I
Limbach-Oberfrohna, Stadt	I
Löbau, Stadt	I
Marienberg, Stadt	I
Markkleeberg, Stadt	III
Markranstädt, Stadt	II
Meerane, Stadt	I
Meißen, Stadt	II
Mittweida, Stadt, Hochschulstadt	I
Mülsen	I
Neustadt in Sachsen, Stadt	I
Nossen, Stadt	I
Oelsnitz/Erzgeb., Stadt	I
Oelsnitz/Vogtl., Stadt	I
Olbernhau, Stadt	I
Oschatz, Stadt	II
Pirna, Stadt	II
Plauen, Stadt	I
Radeberg, Stadt	II
Radebeul, Stadt	III
Reichenbach im Vogtland, Stadt	I
Riesa, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Schkeuditz, Stadt	II
Schneeberg, Stadt	I
Schwarzenberg/Erzgeb., Stadt	I
Stollberg/Erzgeb., Stadt	I
Taucha, Stadt	III
Torgau, Stadt	I
Weinböhla	III
Weißwasser/O.L., Stadt / Běla Woda	I
Werdau, Stadt	I
Wilsdruff, Stadt	II
Wurzen, Stadt	I
Zittau, Hochschulstadt	I
Zwickau, Hochschulstadt	I
Zwönitz, Stadt	I

Kreis	Mietenstufe
Bautzen	I
Erzgebirgskreis	I
Görlitz	I
Leipzig	I
Meißen	I
Mittelsachsen	I
Nordsachsen	I
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	I
Vogtlandkreis	I
Zwickau	I

Land: Sachsen-Anhalt

Gemeinde	Mietenstufe
Aschersleben, Stadt	I
Bad Dürrenberg, Solestadt	II
Bernburg (Saale), Stadt	I
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	II
Blankenburg (Harz), Stadt	I
Braunsbedra, Stadt	I
Burg, Stadt	I
Coswig (Anhalt), Stadt	I
Dessau-Roßlau, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Eisleben, Lutherstadt	I
Gardelegen, Hansestadt	I
Genthin, Stadt	I
Gommern, Stadt	I
Gräfenhainichen, Stadt	I
Halberstadt, Stadt	I
Haldensleben, Stadt	I
Halle (Saale), Stadt	II
Hettstedt, Stadt	I
Hohe Börde	I
Jessen (Elster), Stadt	I
Köthen (Anhalt), Stadt	I
Landsberg, Stadt	I
Leuna, Stadt	II
Magdeburg, Landeshauptstadt	II
Merseburg, Stadt	II
Möckern, Stadt	I
Muldestausee	I
Naumburg (Saale), Stadt	II
Oebisfelde-Weferlingen, Stadt	II
Oschersleben (Bode), Stadt	I
Osterwieck, Stadt	I
Quedlinburg, Welterbestadt	I
Querfurt, Stadt	I
Salzatal	I
Salzwedel, Hansestadt	I
Sandersdorf-Brehna, Stadt	II
Sangerhausen, Stadt	II
Schkopau	II
Schönebeck (Elbe), Stadt	I
Staßfurt, Stadt	I
Stendal, Hansestadt	I
Südliches Anhalt, Stadt	I
Tangerhütte, Stadt	I
Tangermünde, Stadt	I
Teutschenthal	I
Thale, Stadt	I
Wanzleben-Börde, Stadt	I
Weißenfels, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Wernigerode, Stadt	II
Wittenberg, Lutherstadt	II
Wolmirstedt, Stadt	I
Zeitz, Stadt	I
Zerbst/Anhalt, Stadt	I

Kreis	Mietenstufe
Altmarkkreis-Salzwedel	I
Anhalt-Bitterfeld	I
Börde	I
Burgenlandkreis	I
Harz	I
Jerichower Land	I
Mansfeld-Südharz	I
Saalekreis	I
Salzlandkreis	I
Stendal	I
Wittenberg	I

Land: Schleswig-Holstein

Gemeinde	Mietenstufe
Ahrensburg, Stadt	VI
Ammersbek	V
Bad Bramstedt, Stadt	IV
Bad Oldesloe, Stadt	IV
Bad Schwartau, Stadt	V
Bad Segeberg, Stadt	IV
Bargteheide, Stadt	V
Barmstedt, Stadt	IV
Barsbüttel	VI
Brunsbüttel, Stadt	II
Büdelsdorf, Stadt	III
Eckernförde, Stadt	IV
Elmshorn, Stadt	V
Eutin, Stadt	III
Fehmarn, Stadt	IV
Flensburg, Stadt	III
Geesthacht, Stadt	V

Gemeinde	Mietenstufe
Glinde, Stadt	VI
Glückstadt, Stadt	IV
Halstenbek	VI
Handewitt	III
Harrislee	III
Heide, Stadt	III
Henstedt-Ulzburg	V
Husum, Stadt	III
Itzehoe, Stadt	III
Kaltenkirchen, Stadt	IV
Kiel, Landeshauptstadt	IV
Kronshagen	IV
Lauenburg/Elbe, Stadt	IV
Lübeck, Hansestadt	IV
Malente	III
Mölln, Stadt	III
Neumünster, Stadt	III
Neustadt in Holstein, Stadt	III
Niebüll, Stadt	III
Norderstedt, Stadt	VI
Pinneberg, Stadt	VI
Preetz, Stadt	IV
Quickborn, Stadt	V
Ratekau	IV
Ratzeburg, Stadt	III
Reinbek, Stadt	VI
Rellingen	VI
Rendsburg, Stadt	III
Scharbeutz	V
Schenefeld, Stadt	VII
Schleswig, Stadt	III
Schwarzenbek, Stadt	V
Schwentinental, Stadt	V
Stockelsdorf	III
Sylt	VI
Tornesch, Stadt	V
Uetersen, Stadt	IV
Wedel, Stadt	VI
Wentorf bei Hamburg	VI

Kreis	Mietenstufe
Dithmarschen	I
Herzogtum Lauenburg	III
Nordfriesland	II
Ostholstein	III
Pinneberg	IV
Plön	III
Rendsburg-Eckernförde	II
Schleswig-Flensburg	II
Segeberg	III
Steinburg	II
Stormarn	V

Land: Thüringen

Gemeinde	Mietenstufe
Altenburg, Stadt	I
Apolda, Stadt	II
Arnstadt, Stadt	II
Bad Langensalza, Stadt	I
Bad Salzungen, Stadt	I
Dingelstädt, Stadt	I
Eisenach, Stadt	II
Eisenberg, Stadt	I
Erfurt, Stadt	III
Gera, Stadt	I
Gotha, Stadt	II
Greiz, Stadt	I
Heilbad Heiligenstadt, Stadt	II
Hildburghausen, Stadt	I
Ilmenau, Stadt	I
Jena, Stadt	III
Leinefelde-Worbis, Stadt	I
Meiningen, Stadt	II
Meuselwitz, Stadt	I
Mühlhausen/Thüringen, Stadt	I
Nordhausen, Stadt	I
Pößneck, Stadt	II
Rudolstadt, Stadt	II
Saalfeld/Saale, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Schleusingen, Stadt	I
Schmalkalden, Stadt	I
Schmölln, Stadt	I
Sömmerda, Stadt	II
Sondershausen, Stadt	I
Sonneberg, Stadt	I
Suhl, Stadt	II
Waltershausen, Stadt	I
Weimar, Stadt	III
Zella-Mehlis, Stadt	II
Zeulenroda-Triebes, Stadt	I

Kreis	Mietenstufe
Altenburger Land	I
Eichsfeld	I
Gotha	I
Greiz	I
Hildburghausen	I
Ilm-Kreis	I
Kyffhäuserkreis	I
Nordhausen	I
Saale-Holzland-Kreis	I
Saale-Orla-Kreis	I
Saalfeld-Rudolstadt	I
Schmalkalden-Meiningen	I
Sömmerda	I
Sonneberg	I
Unstrut-Hainich-Kreis	I
Wartburgkreis	I
Weimarer Land	I

Gemeinsame Mietenstufe	Mietenstufe
Inseln ohne Festlandanschluss	V.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der vorliegende Gesetzesentwurf dient der notwendigen strukturellen Konsolidierung des Bundeshaushalts.

Gleichzeitig dient die Überarbeitung des Wohngeldgesetzes auch der Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldes. Die Bearbeitung von Wohngeldanträgen soll einfacher und schneller erfolgen. Dadurch wird einerseits eine Entlastung der Verwaltung erreicht. Andererseits profitieren die Bürgerinnen und Bürger von der schnelleren Bearbeitung ihrer Anträge. Menschen, die arbeiten beziehungsweise gearbeitet haben und Rente erhalten, sollen das ihnen zustehende Wohngeld als Zuschuss zu einem angemessenen und familiengerechten Wohnen so schnell und so einfach wie möglich erhalten. Bereits jetzt erzielen viele Wohngeldbehörden durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz erhebliche Vereinfachungen in der Sachbearbeitung.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

a) Vereinfachungen

Der Gesetzesentwurf enthält unter anderem folgende Maßnahmen:

- Vereinfachung der Regelung für die Berücksichtigung des Wechselmodells im Wohngeld;
- Vereinfachung des Einkommenskatalogs;
- Optimierung der Datenverarbeitung und der Datenerhebung;
- Konkretisierung des sogenannten wohngeldrechtlichen Missbrauchstatbestands.

Die Verwaltungsvereinfachung sollen den Wohngeldbehörden eine schnellere und unkompliziertere Bearbeitung der Wohngeldanträge ermöglichen. Eine Verfahrenserleichterung und -beschleunigung kommt auch den wohngeldberechtigten Haushalten zugute, da diese so schneller Leistungen erhalten. Eine Verwaltungsvereinfachung wird unter anderem dadurch erreicht, dass im Rahmen der Einkommensermittlung bei Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit lediglich Pauschalen in Abzug gebracht werden können und somit die Prüfung der Wohngeldbehörden erleichtert wird.

b) Einsparungen

Durch die Halbierung der Heizkostenkomponente nach § 12 Absatz 6, der Aussetzung der Fortschreibung des Wohngeldes und Anpassung der Parameterwerte für Parameter c wird zur Konsolidierung des Haushalts beigetragen. Dadurch werden im Jahr 2027 im Wohngeld Einsparungen in Höhe von 738 Millionen Euro auf Seiten des Bundes und in gleicher Höhe auf Seiten der Länder realisiert. Die Einsparungen in 2028 im Wohngeld beläuft sich auf 1 018 Millionen Euro für den Bund und auf den gleichen Betrag für die Länder. Ab 2029 beträgt die Einsparung im Wohngeld jährlich 1 080 Millionen Euro (jeweils Bund und Länder).

c) Neufestlegung der Mietenstufen

Grundlage der Mietenstufen waren bislang die Mietenstufenberechnungen des Statistischen Bundesamtes (StBA) zu den Stichtagen 31. Dezember 2019 und 31. Dezember 2020. Durch die Neufestlegung der Mietenstufen werden die Berechnungen des StBA auf die Datengrundlage zu den Stichtagen 31. Dezember 2023 und 31. Dezember 2024 aktualisiert.

Durch die regional differenzierte Mietenentwicklung hat sich die Verteilung der Gemeinden (ab 10 000 Einwohner) und der Kreise (mit Gemeinden unter 10 000 Einwohnern und gemeindefreien Gebieten) geändert. Die folgende Tabelle stellt die aktuelle und künftige Verteilung der Zahl der Gemeinden (ab 10 000 Einwohner) und Kreise (mit Gemeinden unter 10 000 Einwohnern und gemeindefreien Gebieten) auf die sieben Mietenstufen dar.

Mietenstufe		I	II	III	IV	V	VI	VII	Summe
31.12.2019/ 31.12.2020	Anzahl	525	543	359	235	113	68	38	1 881
	(%-Anteil)	27,9 %	28,9 %	19,1 %	12,5 %	6 %	3,6 %	2,0 %	100 %
31.12.2023/ 31.12.2024	Anzahl	481	505	343	253	164	88	46	1 880
	(%-Anteil)	25,6 %	26,9 %	18,2 %	13,5 %	8,7 %	4,7 %	2,4 %	100 %

Quelle: StBA/BBSR.

Von den 1 607 Gemeinden, die 2019/2020 und 2023/2024 mehr als 10 000 Einwohner hatten, bleibt bei 1 085 Gemeinden (67,5 Prozent) die Mietenstufe nach der Neufestlegung unverändert. Änderungen gibt es bei 522 Gemeinden (32,5 Prozent), davon werden 396 Gemeinden (24,6 Prozent) heraufgestuft. 126 Gemeinden (7,8 Prozent) werden herabgestuft.

Bei den 277 Landkreisen mit Gemeinden unter 10 000 Einwohnern gibt es bei 201 Kreisen (72,6 Prozent) keine Veränderung. 61 Kreise (22,0 Prozent) werden heraufgestuft. Herabstufungen finden in 15 Kreisen (5,4 Prozent) statt.

III. Exekutiver Fußabdruck

Mit der Wohngeld-Plus-Reform im Jahr 2023 wurde der Kreis der Wohngeld-Haushalte stark ausgeweitet (auf ca. 1,2 Millionen Haushalte etwa verdoppelt gegenüber dem Stand vor der Reform). Dies führte in einigen Behörden zu längeren Bearbeitungszeiten. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen hat daraufhin verschiedene Arbeitsgemeinschaften und Austauschformate zur Erarbeitung von Vereinfachungsmöglichkeiten mit Vertreterinnen und Vertretern der Bauressorts der Länder sowie Praktikerinnen und Praktikern aus Wohngeldbehörden einberufen. Insbesondere die Ergebnisse aus den Arbeitsgemeinschaften zum Einkommensbegriff und zum Missbrauchstatbestand sind in den vorliegenden Gesetzentwurf eingeflossen.

Für den fünften Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2024 (Bundestags-Drucksache 21/2170) wurden auch Verbände zu den Erfahrungen mit der Durchführung des Wohngeldgesetzes (WoGG) in den Jahren 2023 und 2024 befragt. Hierzu haben sich der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag, der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., der Deutsche Cari-

tasverband e. V., der Sozialverband Deutschland e. V. sowie ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e. V. geäußert. Die Erfahrungen sind unter C.5.4.3 im vorstehend genannten Bericht der Bundesregierung dargestellt.

Die Berechnung der Haushaltswirkungen hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen durchgeführt. Weitere Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter sowie beauftragte Dritte haben nicht wesentlich zum Inhalt des Gesetzentwurfs beigetragen.

IV. Alternativen

Alternativen für die Konsolidierung des Bundeshaushalts wurden geprüft. Die Halbierung der Heizkostenkomponente führt zu keiner systematischen Benachteiligung einzelner Haushaltgruppen; sie wirkt sich grundsätzlich auf alle Haushalte in gleicher Weise aus. Gleiches gilt auch für die einmalige Aussetzung der Fortschreibung des Wohngeldes. Die Erhöhung des Parameters „c“ der Wohngeldformel erlaubt weitere Einsparungen und schont dabei Haushalte mit niedrigeren Einkommen.

Als mögliche Alternative zur Verschlankung der Einkommensprüfung kam auch eine grundlegendere Veränderung des Einkommensbegriffs in Betracht. In einer Arbeitsgemeinschaft aus Bund, Ländern und Wohngeldbehörden wurde geprüft, ob stattdessen der Einkommensbegriff des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) oder eine Negativabgrenzung des Einkommens eine Vereinfachung darstellen würde. Im Ergebnis hat sich die Arbeitsgemeinschaft dafür ausgesprochen, dass der am Steuerrecht orientierter Einkommensbegriff und auch das Prognoseprinzip beibehalten werden sollen.

V. Gesetzgebungskompetenz

Die Zuständigkeit des Bundes für die Änderungen des Wohngeldgesetzes folgt aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 18 des Grundgesetzes (GG).

VI. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Unvereinbarkeiten mit höherrangigem Recht sind nicht zu erkennen.

VII. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Durch die Gesetzesänderungen wird eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe erreicht, die zu einer Entlastung der Wohngeldbehörden, einer schnelleren Bearbeitung der Wohngeldanträge und einer schnelleren Auszahlung von Wohngeld an die Bürgerinnen und Bürger führt. Die klarstellenden Gesetzesänderungen fördern die Rechtssicherheit, was nicht nur die Anwendung des Wohngeldgesetzes vereinfacht, sondern auch das allgemeine Verständnis des Gesetzes erleichtert.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Durch die Wohngeldreform werden neben den Vereinfachungen auch Einsparungen erzielt, um die Staatsfinanzen zu konsolidieren (Nachhaltigkeitsziel 8.2).

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch die Wohngeldvereinfachung sind folgende Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand zu erwarten:

Maßnahme	Gebietskörperschaft	Haushaltsbelastung (+) beziehungsweise -entlastung (-)			
		- in Millionen Euro -			
		2027	2028	2029	2030
Wohngeld	Bund	-738,00	-1 018,00	-1 080,00	-1 080,00
	Länder	-738,00	-1 018,00	-1 080,00	-1 080,00
SGB II	Bund	+192,00	+327,00	+428,00	+428,00
	Kommune	+33,00	+58,00	+74,00	+74,00
SGB XII	Bund	+114,00	+213,00	+254,00	+254,00
Kinderzuschlag	Bund	-21,00	-59,00	-65,00	-65,00
Gesamt		-1 158,00	-1 497,00	-1 469,00	-1 469,00

Die Aussetzung der Dynamisierung und die Halbierung der dauerhaften Heizkostenkomponente und die Erhöhung des Parameters c führen zu Minderausgaben im Wohngeld in Höhe von 738 Millionen Euro im Jahr 2027, in Höhe von 1 018 Millionen Euro im Jahr 2028 und ab dem Jahr 2029 fortlaufend in Höhe von 1 080 Millionen Euro pro Jahr bei jeweils Bund und Ländern. Aufgrund der Übergangsregelung des neuen § 42e WoGG wachsen die Minderausgaben aus den Streichungen entsprechend über die Jahre 2027 und 2028 an bis sie im Jahr 2029 erstmals vollumfänglich realisiert werden.

Im Jahr 2029 führt die mit den Änderungen verbundene Kürzung im Wohngeld zu Wechseln in die nachrangigen Grundsicherungssysteme, da die betroffenen Haushalte die Hilfebedürftigkeit nicht länger überwinden. 74 000 Haushalte wechseln in Leistungen nach dem SGB II, 89 000 Haushalte erhalten einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII. Damit verbunden sind Mehrausgaben in Höhe von 502 Millionen Euro im SGB II, von denen 428 Millionen Euro auf den Bund und 74 Millionen Euro auf die Kommunen entfallen, sowie in Höhe von 254 Millionen Euro im SGB XII, die vollständig auf den Bund entfallen.

Für Familienhaushalte, die aus dem Wohngeld fallen, entfällt neben dem Wohngeldanspruch auch der Anspruch auf Leistungen des Kinderzuschlags, dies führt zu Minderausgaben in Höhe von 65 Millionen Euro.

Aufgrund der nach § 42e WoGG auslaufenden Bescheide tritt die volle haushälterische Wirkung der Reform inklusive Wechseleffekte erst im Jahr 2029 vollständig ein. Entsprechend fallen für die Jahre 2027 und 2028 nur anteilige Mehr- bzw. Minderausgaben im Wohngeld und den weiteren, obenstehenden Leistungen an.

Die übrigen Änderungen führen zu geringen nicht näher quantifizierbaren Mehr- oder Minderausgaben. Diese sind im Einzelplan des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen 2027 bereits abgegolten.

4. Erfüllungsaufwand

4.1. Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger reduziert sich der jährliche Zeitaufwand um etwa 455 000 Stunden und der jährliche Sachaufwand um rund 720 000 Euro. Der einmalige Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger erhöht sich geringfügig.

Ifd. Nr.	Artikel Regelungenentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Jährliche Fallzahl und Einheit	Jährlicher Aufwand pro Fall (in Minuten bzw. Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Stunden bzw. Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (in Minuten bzw. Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Stunden bzw. Tsd. Euro) oder „geringfügig“
1.1	Artikel 1 Nummer 3; § 5 Absatz 4 WoGG; Vereinfachung des Wechselmodells für getrennt lebende Eltern			geringfügig			
1.2	Artikel 1 Nummer 8 e, Nummer 26 b und Nummer 29; §§ 12 Absatz 6, 19 Absatz 1 i. V. m. Anlage 2 und § 43 Absatz 11 WoGG i. V. m. § 22 WoGG; Antrag auf Wohngeld	- 368.000 Wohngeldanträge	Zeitaufwand: 62 Minuten Sachaufwand: 2,18 Euro	Zeitaufwand: - 380.267 Stunden Sachkosten: -802 Tsd. Euro			
1.3	Artikel 1 Nummer 8 e, Nummer 26 b und Nummer 29; §§ 12 Absatz 6, 19 Absatz 1 i. V. m. Anlage 2 und § 43 Absatz 11 WoGG i. V. m. § 19 Absatz 1 i. V. m. § 37 SGB II; Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II	65.000 SGB II-Anträge	Zeitaufwand: 75 Minuten Sachaufwand: 2,55 Euro	Zeitaufwand: 81.250 Stunden Sachkosten: 166 Tsd. Euro			
1.4	Artikel 1 Nummer 8 e, Nummer 26 b und Nummer 29;	69.000 SGB XI I-Anträge	Zeitaufwand: 43 Minuten Sachauf-	Zeitaufwand: 49.450 Stunden			

Ifd. Nr.	Artikel Regelungenentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Jährliche Fallzahl und Einheit	Jährlicher Aufwand pro Fall (in Minuten bzw. Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Stunden bzw. Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (in Minuten bzw. Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Stunden bzw. Tsd. Euro) oder „geringfügig“
	§§ 12 Absatz 6, 19 Absatz 1 i. V. m. Anlage 2 und § 43 Absatz 11 WoGG i. V. m. § 44 SGB 12; Antrag auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung		wand: 1 Euro	Sachkosten: 69 Tsd. Euro			
1.5	Artikel 1 Nummer 9; § 14 WoGG; Einkommensermittlung	137.000 Wohngeldanträge	Zeitaufwand: -2 Minuten	Zeitaufwand: -4.567 Stunden			
1.6	Artikel 1 Nummer 10; § 17 Nr. 1 WoGG; Erleichterung für Menschen mit Schwerbehinderung oder Pflegebedürftigkeit	-76.500 Feststellung der Pflegebedürftigkeit	Zeitaufwand: 158 Minuten Sachaufwand: 2 Euro	Zeitaufwand: -201.450 Stunden Sachkosten: -153 Tsd. Euro			
1.7	Artikel 1 Nummer 15 b; § 24 Absatz 4 WoGG; Erweiterung der Möglichkeit der AufLAGenerteilung (Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung)			geringfügig			
1.8	Artikel 1 Nummer 16; § 26 Absatz 2 WoGG; Auszahlung des Wohn-			geringfügig			geringfügig

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Jährliche Fallzahl und Einheit	Jährlicher Aufwand pro Fall (in Minuten bzw. Euro)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Stunden bzw. Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (in Minuten bzw. Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Stunden bzw. Tsd. Euro) oder „geringfügig“
	gelds nur noch auf ein Konto						
1.9	Artikel 1 Nummer 18 d; § 27 Absatz 5 WoGG; Keine Anpassung für kurze Bewilligungszeiträume (Entfallen von Änderungsmitteilungen)			geringfügig			
Summe Zeitaufwand (in Stunden)				-455.583			0
Summe Sachaufwand (in Tsd. Euro)				-720			0

4.2. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft reduziert sich der jährliche Erfüllungsaufwand um etwa 820 000 Euro.

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	IP	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Wirtschaftszweig) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
2.1	Artikel 1 Nummer 8 e, Nummer 26 b und Num-	J a	- 200.000 Auskünfte von Ar-	3,96 Euro = (6,4 / 60) h ×	-791			

Ifd. Nr.	Artikel Regulationsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	IP	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Wirtschaftszweig) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
	mer 29; §§ 12 Absatz 6, 19 Absatz 1 i. V. m. Anlage 2 und § 43 Absatz 11 WoGG i. V. m. § 23 Abs. 2 WoGG; Auskunft über bestimmte Angaben zum Arbeitsverhältnis, zur Arbeitsstätte und zum Arbeitsverdienst		beitgeben	37,10 Euro/h (WZ: A-S ohne O)				
2.2	Artikel 1 Nummer 8 e, Nummer 26 b und Nummer 29; §§ 12 Absatz 6, 19 Absatz 1 i. V. m. Anlage 2 und § 43 Absatz 11 WoGG i. V. m. § 23 Abs. 3 WoGG; Auskunft	J a	-7.400 Auskünfte von Vermietenden	4,05 Euro = (7 / 60) h × 34,70 Euro/h (WZ: L)	-30			

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	IP	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Wirtschaftszweig) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
	über bestimmte Angaben zum Miet- oder Nutzungsverhältnis							
2.3	Artikel 2 Nummer 1; § 6 Absatz 2 Nummer 4 WoGV; Vereinheitlichung des Pauschalbetrages für KfZ-Stell- bzw. Garagenplätze	J a	-28.000 Vermietern und Vermieter	1,75 Euro = (3 / 60) h × 35,00 Euro/h (WZ: L)	geringfügig			
Summe (in Tsd. Euro)			-821			0		
davon aus Informationspflichten (IP)			-821			0		

4.3. Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung reduziert sich der jährliche Erfüllungsaufwand um etwa 11 142 000 Euro. Einmaliger Erfüllungsaufwand fällt in Höhe von circa 100 000 Euro fast ausschließlich auf Landesebene (inkl. Kommunen) an. Der jährliche Erfüllungsaufwand erhöht sich auf Bundesebene um etwa 550 000 Euro und verringert sich auf Landesebene um etwa 11 700 000 Euro.

Ifd. Nr.	Artikel Rege-lungsent-wurf; Norm (§§); Be-zeichnung der Vorgabe	Bun d/ Land	Jährl-iche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sach-aufwand)	Jährl-icher Er-füllungs-aufwand (in Tsd. Euro) oder „ge-ringfügig“	Einma-lige Fallzahl und Einheit	Einmali-ger Auf-wand pro Fall (Mi-nuten * Lohnkos-ten pro Stunde (Hierar-chie-ebene) + Sachkos-ten in Euro)	Einmali-ger Erfül-lungsauf-wand (in Tsd. Euro) oder „ge-ringfü-gig“
3.1	Artikel 1 Nummer 3; § 5 Absatz 4 WoGG; Vereinfachung des Wechselmodells für getrennt lebende Eltern	Land			geringfügig			
3.2	Artikel 1 Nummer 4; § 6 Absatz 2 WoGG; Vereinfachung der Todesfallvergünstigung	Land			geringfügig			
3.3	Artikel 1 Nummer 8 e; § 12 Absatz 6 WoGG; Halbierung der Heizkosten-Komponente	Land						geringfügig

Ifd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Bund/ Land	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
3.4	Artikel 1 Nummer 8 e, Nummer 26 b und Nummer 29; §§ 12 Absatz 6, 19 Absatz 1 i. V. m. Anlage 2 und 43 Absatz 11 WoGG i. V. m. § 24 i. V. m. § 22 WoGG; Bearbeitung von Anträgen auf Wohngeld	Land	- 368.000 Wohngeldanträge	30,75 Euro = (70 / 60)h × 25,50 Euro/h (100% mD) + 1 Euro	-11.316			
3.5	Artikel 1 Nummer 8 e, Nummer 26 b und Nummer 29; §§ 12 Absatz 6, 19 Absatz 1 i. V. m. An-	Bund	65.000 SGB II-Anträge	8,45 Euro = (15 / 60)h × 33,80 Euro/h (100% mD)	549			

Ifd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Bund/ Land	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
	lage 2 und § 43 Absatz 11 WoGG i. V. m. § 19 Abs. 1 i. V. m. § 37 SGB II; Bearbeitung von Anträgen auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld)							
3.6	Artikel 1 Nummer 8 e, Nummer 26 b und Nummer 29; §§ 12 Absatz 6, 19 Absatz 1 i. V. m. Anlage 2 und § 43	Land	69.000 SGB XI I-Anträge	42,20 Euro = (60 / 60) h × 42,20 Euro/h (100% gD)	2.912			

Ifd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Bund/ Land	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
	Absatz 11 WoGG i. V. m. § 44 i. V. m. § 82a Abs. 3 SGB XII; Bearbeitung von Anträgen auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung							
3.7	Artikel 1 Nummer 9; § 14 WoGG; Einkommensermittlung	Land	137.000 Wohngeldanträge	-2,13 Euro = (-5 / 60) h × 25,50 Euro/h (100% mD)	-291			
3.8	Artikel 1 Nummer 10; § 17 Nr. 1 WoGG; Erleichterung für Menschen mit Schwer-	Land	76.500 Wohngeldanträge	-2,13 Euro = (-5 / 60) h × 25,50 Euro/h (100% mD)	-163			

Ifd. Nr.	Artikel Rege-lungsent-wurf; Norm (§§); Be-zeichnung der Vorgabe	Bun d/ Land	Jährl-iche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sach-aufwand)	Jährl-icher Er-füllungs-aufwand (in Tsd. Euro) oder „ge-ringfügig“	Einma-lige Fallzahl und Einheit	Einmali-ger Auf-wand pro Fall (Mi-nuten * Lohnkos-ten pro Stunde (Hierar-chie-ebene) + Sachkos-ten in Euro)	Einmali-ger Erfül-lungsauf-wand (in Tsd. Euro) oder „ge-ringfü-gig“
	behinde-rung oder Pflege-bedürf-tigkeit							
3.9	Artikel 1 Nummer 11 b; § 19 Absatz 4 WoGG; Korrektur der Wohn-geldbe-rechnung, falls Wohn-geld die Miete über-steigt	Land						geringfü-gig
3.10	Artikel 1 Nummer 15 b; § 24 Absatz 4 WoGG; Erweite-rung der Möglich-keit der Aufla-generteilung (Ein-künfte aus Ver-mietung	Land			geringfü-gig			

Ifd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Bund/ Land	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
	und Verpachtung)							
3.1 1	Artikel 1 Nummer 16; § 26 Absatz 2 WoGG; Auszahlung des Wohngelds nur noch auf ein Konto	Land			geringfügig			
3.1 2	Artikel 1 Nummer 17 a; § 26a Absatz 3 Satz 3 WoGG; erneuter vorläufiger Bescheid bei geänderten Umständen	Land			geringfügig			
3.1 3	Artikel 1 Nummer 18 d; § 27 Absatz 5 WoGG; Keine Anpassung für	Land	-8.000 Änderungsmitteilungen	39,28 Euro = (91 / 60) h × 25,50 Euro/h (100% mD) +	-314			

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Bund/ Land	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
	kurze Bewilligungszeiträume (Entfallen von Änderungsmitteilungen)			0,60 Euro				
3.1 4	Artikel 1 Nummer 20; § 28a WoGG; Erstattungsverfahren der Wohngeldbehörden gegenüber anderen Leistungsträgern	Land	-50.000 Erstattungen	27,81 Euro = (41 / 60) h × 40,70 Euro/h (100% Durchschnitt)	-1.391			
3.1 5	Artikel 1 Nr. 23 u. 24; § 35 WoGG; Meldung zur Wohngeldstatistik	Land	1.265 Wohngeldstellen	-422 Euro = (-600 / 60) h × 42,20 Euro/h (100% gD)	-534	1.265 Wohngeldstellen		geringfügig
3.1 6	Artikel 1 Nr. 23 u.	Bund	1 StBA	14.047 Euro	geringfügig	1 StBA	323,20 Euro	geringfügig

Ifd. Nr.	Artikel Rege-lungsent-wurf; Norm (§§); Be-zeichnung der Vorgabe	Bun d/ Land	Jährl-iche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sach-aufwand)	Jährl-icher Er-füllungs-aufwand (in Tsd. Euro) oder „ge-ringfügig“	Einma-lige Fallzahl und Einheit	Einmali-ger Auf-wand pro Fall (Mi-nuten * Lohnkos-ten pro Stunde (Hierar-chie-ebene) + Sachkos-ten in Euro)	Einmali-ger Erfül-lungsauf-wand (in Tsd. Euro) oder „ge-ringfü-gig“
	24; § 35 WoGG; Führen der Wohn-geldsta-tistik (StBA)			= (14.400 / 60) h × 58,53 Euro/h (33% gD; 67% hD) + 0 Euro			= (480 / 60) h × 40,40 Euro/h (100% gD) + 0 Euro	
3.1 7	Artikel 1 Nr. 23 u. 24; § 35 WoGG; Führen der Wohn-geldsta-tistik (StLÄ)	Land	1 Sta-tisti-scher Ver-bund (ohne StBA)	9.433,60 Euro = (15.360 / 60) h × 36,85 Euro/h (50% mD; 50% gD)	geringfü-gig	1 Sta-tisti-scher Ver-bund (ohne StBA)	101.409,44 Euro = (150.720 / 60) h × 40,37 Euro/h (22% mD; 78% gD)	101
3.1 8	Artikel 1 Num-mer 28; § 12 Ab-satz 1 i. V. m. An-lage 1 WoGG; Anpas-sung der Klima-kompo-nente	Land						geringfü-gig

lfd. Nr.	Artikel Regelungsentwurf; Norm (§§); Bezeichnung der Vorgabe	Bund/ Land	Jährliche Fallzahl und Einheit	Aufwand pro Fall in Euro (Zeit × Lohnsatz + Sachaufwand)	Jährlicher Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“	Einmalige Fallzahl und Einheit	Einmaliger Aufwand pro Fall (Minuten * Lohnkosten pro Stunde (Hierarchieebene) + Sachkosten in Euro)	Einmaliger Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro) oder „geringfügig“
3.19	Artikel 2 Nummer 1; § 6 Absatz 2 Nummer 4 WoGV; Vereinheitlichung des Pauschalbetrages für Kfz-Stell- bzw. Garagenplätze	Land	280.000 Wohngeldanträge	-2,13 Euro = (-5 / 60) h × 25,50 Euro/h (100% mD)	-595			geringfügig
Summe (in Tsd. Euro)					-11.142			101
davon Bund					549			0
davon Land (inklusive Kommunen)					-11.692			101

5. Weitere Kosten

Auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Gesetzesänderungen keine Auswirkungen zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern sind keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen zuwiderlaufen. Die Regelungen sind geschlechtsneutral formuliert.

Eine Experimentierklausel wird nicht eingeführt. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der Ergebnisse der Kommission zur Sozialstaatsreform zum einheitlichen Sozialleistungssystem war hiervon abzusehen.

VIII. Befristung; Evaluierung

Befristungen sind nicht vorgesehen. Eine Berichterstattung ist gemäß § 39 vorgesehen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Wohngeldgesetzes)

Zu Nummer 1 (Änderung der Inhaltsübersicht)

Die Änderungen folgen aus der Einführung, Streichung bzw. Änderung der Überschriften einzelner Normen des Wohngeldgesetzes.

Zu Nummer 2 (§ 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3)

Die Streichung des Verweises auf das Heimgesetz ist eine Folgeanpassung. Die Gesetzgebungszuständigkeit für das Heimrecht ging durch die Föderalismusreform 2006 auf die Länder über. Zwischenzeitlich wurden entsprechende Gesetze auf Landesebene erlassen und somit das Heimgesetz im Sinne des Artikels 125a Absatz 1 Satz 2 GG ersetzt, sodass eine Fortgeltung nach Artikel 125a Absatz 1 Satz 1 GG nicht mehr in Betracht kommt. Es ist somit lediglich auf die Landesgesetze zu verweisen.

Zu Nummer 3 (§ 5 Absatz 4)

Durch die Neuregelung werden die bisherigen Sätze 1 und 2 des § 5 Absatz 4 zusammengefasst, ohne dass eine Änderung der Rechtslage für diese Fälle eintritt. Bei Eltern, die das Wechselmodell bis zu einem Betreuungsverhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln praktizieren, werden diese Kinder in beiden Haushalten als Haushaltsmitglieder anerkannt. Der bisherige Satz 3 des § 5 Absatz 4 entfällt. In der Praxis hat die Regelung zu Schwierigkeiten in der Bearbeitung geführt. Hierbei ist oft die Abgrenzung zum gelegentlichen Umgang kaum praktikabel. Durch die Streichung entfällt der Verwaltungsaufwand.

Die Rechtsprechung (beispielsweise OVG Lüneburg, Beschluss vom 11. August 2015 – 4 PA 137/15) geht davon aus, dass eine Anrechnung des vollständigen Gesamteinkommens dazu führen würde, dass das Einkommen in zwei Haushalten und damit doppelt angerechnet wird, obwohl es tatsächlich nur einmal zur Verfügung steht. Deshalb ist Einkommen der nach § 5 Absatz 4 betreuten Kinder nur jeweils zur Hälfte dem Gesamteinkommen des jeweiligen Haushaltes zuzurechnen. Dies wird im neu eingefügten Satz 2 ausdrücklich gesetzlich geregelt. Die hälftige Teilung kommt pauschal zur Anwendung, auch wenn die tatsächlichen Betreuungsverhältnisse nicht genau ausgeglichen sind (zum Beispiel 40/60). Dies dient der Verwaltungsvereinfachung. Eine hälftige Aufteilung bei Unterhaltsleistungen (§ 14 Nummer 13 neu – bisher Nummer 19) oder dem Unterhaltsvorschuss (§ 14 Nummer 15 neu – bisher Nummer 21) ist dagegen nicht sachgerecht, da diese (sofern im Wechselmodell überhaupt Unterhalt geleistet wird) von einem Elternteil an den anderen Elternteil gezahlt werden und damit als Zahlung innerhalb des Haushalts zu betrachten ist. Dementsprechend bleiben diese beiden Einkommenstatbestände gemäß Satz 2 Halbsatz 2 von der hälftigen Anrechnung ausgeschlossen.

Zu Nummer 4 (§ 6 Absatz 2 Satz 2)

Es handelt sich um die Streichung einer Ausnahme von einer Ausnahme. Diese Streichung führt zur Verminderung von Verwaltungsaufwand, da künftig nicht mehr der Anteil der Kosten der Unterkunft in einer Leistung nach § 7 Absatz 1, der auf den Verstorbenen entfällt, berücksichtigt wird. Die Anpassungen in § 6 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und 2 sind lediglich redaktionelle Folgeanpassungen aufgrund der Streichung von Nummer 3.

Zu Nummer 5 (§ 9 Absatz 3 Satz 2)

Es handelt sich jeweils um Folgeanpassungen aufgrund der Änderung des § 12 Absatz 1 und Absatz 7 bzw. der Überführung der Klimakomponente in die Anlage 1 zu § 12 Absatz 1.

Zu Nummer 6 (§ 10 Absatz 2 Satz 2)

Es handelt sich um Folgeanpassungen aufgrund der Änderung des § 12 Absatz 1 und Absatz 7 bzw. der Überführung der Klimakomponente in die Anlage 1 zu § 12 Absatz 1.

Zu Nummer 7 (§ 11)

Die Änderungen in § 11 stellen insgesamt Folgeanpassungen aufgrund der Änderung des § 12 und des § 14 dar.

Zu Nummer 8 (§ 12)

Zu Buchstabe a (§ 12 Absatz 1)

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird die Klimakomponente aus § 12 Absatz 7 in die Anlage zu § 12 Absatz 1 überführt. Dadurch wird an einer Stelle neben dem Höchstbetrag die Klimakomponente und der sich aus diesen beiden Beträgen ergebende Gesamtbetrag abgebildet. Entsprechend wird Absatz 1 angepasst.

Zu Buchstabe b (§ 12 Absatz 2)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 12 Absatz 2 Satz 1)

Es erfolgt eine Klarstellung, dass die in Absatz 1 Satz 1 enthaltene Legaldefinition für den präziseren Begriff „Mietenniveau der Wohngeldmiethaushalte“ gilt.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 12 Absatz 2 Satz 2)

Der Begriff des Mietenniveaus wird ersetzt durch den Begriff des Mietenniveaus der Wohngeldmiethaushalte, um klarzustellen, dass das in § 12 erwähnte Mietenniveau lediglich den Teilbereich der Mieten abbildet, die von Haushalten im Wohngeldbezug entrichtet werden. Die Klarstellung soll Missverständnissen vorbeugen.

Zu Buchstabe c (§ 12 Absatz 4a)

Absatz 4a wird aus Klarstellungsgründen und zu Zwecken der Übersichtlichkeit bereinigt. Nachdem für die in Absatz 4a genannten Inselgemeinden ein gemeinsames Mietenniveau festgelegt wurde, bedurfte es der gestrichenen Ausführungen nicht mehr.

Zu Buchstabe d (§ 12 Absatz 5)

§ 12 Absatz 5 wird ebenfalls aus Klarstellungsgründen angepasst und die Angabe „Mietenniveau“ um den Zusatz „der Wohngeldmiethaushalte“ ergänzt.

Zu Buchstabe e (§ 12 Absatz 6)

Die Halbierung der dauerhaften Heizkostenkomponente erfolgt, um den Haushalt zu konsolidieren.

Zu Buchstabe f

Die Streichung von Absatz 7 erfolgt, da die Klimakomponente gemäß dem neuen Absatz 1 in Anlage 1 zu § 12 Absatz 1 überführt wird.

Zu Nummer 9 (§ 14)

Die Änderungen in § 14 dienen insbesondere der Vereinfachung der Ermittlung des wohngeldrechtlichen Einkommens und der Entlastung der Verwaltung.

Zu Buchstabe a (§ 14 Absatz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 14 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2)

Die Einnahmen durch einen Minijob werden im Rahmen der Pauschalbesteuerung im Einkommensteuergesetz (EStG) ausreichend privilegiert. Einer weitergehenden Privilegierung auch im Wohngeldrecht bedarf es daher nicht.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 14 Absatz 1 Satz 5 neu)

Um die Einkommensermittlung im Wohngeld zu vereinfachen, sollen in Zukunft bei den Einnahmen, bei denen nach § 9a EStG Pauschbeträge für Werbungskosten vorgesehen sind, nur diese als Werbungskosten abgezogen werden. Höhere Werbungskosten sind nicht zu berücksichtigen. Die Wohngeldbehörden werden damit von der aufwändigen Prüfung der zu erwartenden tatsächlichen Werbungskosten entlastet.

Zu Buchstabe b (§ 14 Absatz 2)

Der in Absatz 2 enthaltene Einkommenskatalog wird angepasst und gekürzt.

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 14 Absatz 2 Nummer 2)

Entschädigungszahlungen nach Kapitel 9 des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB XIV) und nach § 102 Absatz 4 und 5 SGB XIV werden nicht als Einkommen im wohngeldrechtlichen Sinne angerechnet. Grund für diese Einschränkung ist, dass § 28 Absatz 2 SGB XIV vorsieht, dass eben jene Leistungen nicht als Einkommen oder Vermögen auf andere Sozialleistungen angerechnet werden. Durch die Änderung wird dies im Wohngeldgesetz klargestellt.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 14 Absatz 2 Nummer 8 bis 23)

In den Nummern 8 ff. des Katalogs werden Streichungen und in der Folge eine Neunummerierung vorgenommen.

Zu den Streichungen im Einzelnen:

Nummer 8 a. F. bezog sich auf Leistungen, die infolge von Kriegs- bzw. teilungsbedingten Folgen entstandene Schäden ausgleichen bzw. zum Lebensunterhalt der Geschädigten sowie ihrer Hinterbliebenen beitragen. Die Streichung erfolgt aufgrund der geringen absoluten Empfängerzahl und der daher auch für den Bereich des Wohngeldes zu vermutenden nur geringen Empfängerzahl mit einer zu vernachlässigenden Erhöhung der Wohngeldleistungen in diesen Fällen.

Nummer 14 a. F. sah die Berücksichtigung der steuerfreien Zuwendungen des Arbeitgebers an eine Pensionskasse und der steuerfreien Beiträge des Arbeitgebers an einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder für eine Direktversicherung zum Aufbau einer kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung. Die den Arbeitnehmerinnen und -nehmern zufließenden Leistungen der Arbeitgeber erfahren nach alter Rechtslage eine doppelte Berücksichtigung im Rahmen der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung spätestens im Falle des Eintritts der Berechtigten in die Rente. Eine Streichung dieses Einkommensbausteins löst nicht nur die doppelte Berücksichtigung auf, sondern vermeidet außerdem Verwaltungsaufwand.

Die Streichung des in Nummer 15 a. F. enthaltenen Sparer-Pauschbetrags dient der Verwaltungsvereinfachung und schafft einen Gleichlauf mit der steuerrechtlichen Privilegierung dieser Einkunftsart. Gleichzeitig wird eine Vereinheitlichung mit den Regelungen des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung (BAföG) erreicht.

Nummer 16 a. F. ist zu streichen, da die (Sonder-)Abschreibungen nach § 7 Einkommenssteuergesetz nicht das Ziel haben, den Lebensunterhalt des Berechtigten zu sichern. Vielmehr sollen sie es dem Berechtigten ermöglichen, jedes Jahr einen Betrag zurücklegen zu können, der für die Herstellungskosten oder Anschaffungskosten neuer Vermögensgegenstände gebraucht wird, wenn die abgeschrieben Gegenstände tatsächlich nicht mehr verwendet werden können. Diese Abschreibungen tragen nur indirekt und langfristig zur Sicherung des Lebensunterhalts des Berechtigten bei, indem sie ihm weitere Investitionen in den Erhalt seiner Wirtschaftsgüter und damit der Sicherung seiner Lebensgrundlage ermöglichen. Entsprechend sind die Abschreibungen zukünftig nicht mehr bei der wohngeldrechtlichen Einkommensberechnung zu berücksichtigen.

Die Streichung von Nummer 17 a. F. erfolgt, da mit ihr eine Verwaltungsvereinfachung einhergeht und es sich bei der Produktionsaufgabenrente um eine zu vernachlässigende Anzahl von Fällen im Wohngeld handelt.

Die Nummern 19, 24, 25 und 26 a. F. wurden sprachlich angepasst und vereinfacht; eine materielle Änderung geht damit nicht einher.

In Nummer 29 a. F. sah die hälftige Anrechnung von Fulbright-Stipendien vor. Hiervon dürften lediglich deutsche wohngeldberechtigte Stipendiatinnen und Stipendiaten betroffen sein, die in die USA gehen und währenddessen ihre Wohnung in Deutschland behalten. Die Streichung erfolgt, da ein Fulbright-Stipendium über die Auffangklausel des § 14 Absatz 2 Nummer 21 Buchstabe c neu erfasst wird.

Im Übrigen wurden in den neuen Nummern 17, 21 und 23 die Binnenverweise aktualisiert.

Zu Nummer 10 (§ 17 Nummer 1)

Mit der Neufassung der Nummer 1 wird die Feststellung des Anspruchs auf den Freibetrag für schwerbehinderte oder pflegebedürftige Haushaltsmitglieder vereinfacht. Es reicht nunmehr aus, wenn entweder ein Grad der Behinderung von 100 oder alternativ mindestens der Pflegegrad 3 vorliegt. Der Freibetrag kann durch die Änderung angerechnet werden, wenn lediglich ein Pflegegrad von 3 oder höher vorliegt. Anders als bisher kann der Pflegegrad den Freibetrag begründen, auch wenn der Grad der Behinderung nicht festgestellt wurde. Die Änderung ermöglicht eine einfachere Berücksichtigung des Freibetrags. Pflegegrad 3 ermöglicht neben häuslicher Pflege grundsätzlich auch die Beanspruchung von teilstationärer oder Kurzzeitpflege. Auch in § 17 Nummer 1 a. F. konnte der Freibetrag Menschen in häuslicher, teilstationärer oder Kurzzeitpflege grundsätzlich zugutekommen. Daran soll festgehalten werden.

Zu Nummer 11 (§ 19)

Zu Buchstabe a (§ 19 Absatz 3)

Die Ergänzung wird aus Klarstellungsgründen vorgenommen. Aus dem systematischen Zusammenhang ergibt sich bereits, dass die Berechnung nach den Absätzen 1 und 2 auf bis zu 12 Haushaltsmitglieder abstellt, die in Absatz 3 normierte Erhöhung sich auf diejenigen Fälle bezieht, in denen 13 oder mehr Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen sind. Durch die Änderung wird dieser Umstand noch klarer herausgestellt.

Zu Buchstabe b (§ 19 Absatz 4 neu)

Der neue Absatz 4 dient dazu, besondere Ausnahmefälle zu verhindern, in denen das Wohngeld die zu berücksichtigende Miete oder Belastung übersteigen kann. Die Gesetzesänderung führt dazu, dass die nach § 11 ermittelte Miete oder Belastung, die im Rahmen der Berechnung nach § 19 Absatz 1 zu berücksichtigen ist, die Höhe des möglichen Wohngeldes begrenzt. Sollte die Berechnung des Wohngeldes zu einem Betrag führen, der die ermittelte Miete oder Belastung überschreitet, kommt es zu einer Korrektur.

Zu Nummer 12 (§ 20)

Die Norm wird hinsichtlich des weggefallenen Absatzes 1 redaktionell angepasst. Mit der Streichung von Nummer 3 findet eine Angleichung an die geltende Rechtslage statt. Das Sonderprogramm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ hatte eine Laufzeit bis 2020. Da das Programm nicht mehr existiert, ist der entsprechende Ausschluss in § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 zu streichen. Die übrigen Änderungen in § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2 sind Folgeänderungen.

Zu Nummer 13 (§ 21)

§ 21 wird insgesamt neu gefasst und strukturiert, was neben der Verwaltungsvereinfachung auch der Klarstellung dient.

Im neuen Absatz 1 Nummer 1 wird die Bagatellgrenze angepasst. Dem Zweck des Wohngeldes, der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird bei einem Anspruch bis in Höhe von 15 Euro nur unzureichend Rechnung getragen, sodass eine Anpassung zu Verwaltungsvereinfachungszwecken angemessen ist.

Das erhebliche Vermögen wird als eigenständiger sonstiger Grund im Sinne des § 21 gefasst. Die Formulierung der Wohngeldverwaltungsvorschrift wird auf Gesetzesebene überführt, da eine inhaltliche Änderung der Kategorie des erheblichen Vermögens nicht erfolgt. Ziel ist es vielmehr neben der Rechtsklarheit zu gewährleisten, dass Irritationen bei Bürgerinnen und Bürgern vermieden werden, indem das Vorhandensein von erheblichem Vermögen nicht mehr als missbräuchlich bezeichnet wird. Ergänzend hierzu wird im neuen Absatz 2 das erhebliche Vermögen einschließlich der Einführung einer Obergrenze in Höhe von 120 000 Euro legaldefiniert.

Der sogenannte Missbrauchstatbestand bleibt in der neuen Nummer 4 – abgesehen vom erheblichen Vermögen – unverändert. Aus Klarstellungsgründen ist darauf hinzuweisen, dass es kein missbräuchliches Verhalten darstellt, wenn Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) nicht geltend gemacht werden. Es handelt sich bei Leistungen nach dem UVG sowie beim Wohngeld um staatliche Leistungen, sodass eine Umgehung der Gesetzesintention – Wohngeld als Sozialleistung nur zu gewähren, wenn der Antragsteller seinen angemessenen Wohnbedarf weder selbst noch mit Hilfe seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen decken kann (vgl. BVerwG, Urteil vom 18. April 2013, 5 C 21/12,

Rn. 9, juris) – nicht aufgrund fehlender Geltendmachung von Leistungen nach dem UVG angenommen werden kann.

Zu Nummer 14 (§ 23)

Es handelt sich um eine Folgeanpassung an die Änderungen in § 21.

Zu Nummer 15 (§ 24)

Zu Buchstabe a (§ 24 Absatz 2 Satz 1)

Durch die Ergänzung wird verdeutlicht, dass die Entscheidung über den Wohngeldantrag schriftlich, aber auch in elektronischer Form ergehen kann.

Eine Bekanntgabe ist somit auch im Rahmen der Vorgaben des § 37 Absatz 2a des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) in digitaler Form möglich. Mit der Einwilligung der Beteiligten kann somit ein elektronischer Wohngeldbescheid bekannt gegeben werden, indem er den Beteiligten zum Abruf über öffentlich zugängliche Netze bereitgestellt wird.

Für die übrige Kommunikation verbleibt es bei den in § 36a SGB I genannten Grundsätzen.

Zu Buchstabe b (§ 24 Absatz 4)

Durch die Änderung wird der Bereich der Einkünfte von Haushaltsmitgliedern erweitert, der es der Wohngeldbehörde ermöglicht, den Wohngeldbewilligungsbescheid mit einer Auflage zu versehen, wonach die Einkommensteuerbescheide, die den Zeitraum der Wohngeldbewilligung betreffen, unverzüglich der Wohngeldbehörde zur Prüfung, ob ein Fall des § 27 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 vorliegt, vorzulegen sind. Neben den bereits in Absatz 4 erwähnten Einkünften aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb oder aus Land- und Forstwirtschaft sind nunmehr auch die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erfasst. Dadurch wird die verwaltungsaufwendige Prognose der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung vereinfacht.

Zu Nummer 16 (§ 26 Absatz 2)

Die Anpassung des Absatzes 2 dient der Klarstellung und Verwaltungsvereinfachung. Die Vorschrift wird einerseits klarer gefasst. Andererseits wird vorgesehen, dass das Wohngeld monatlich im Voraus nur auf ein Konto im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 gezahlt wird. Die Möglichkeit, dass Wohngeld an den Wohnsitz der wohngeldberechtigten Person übermittelt werden kann, wenn kein Konto vorhanden ist, entfällt. Die Auszahlung auf die Überweisung auf ein Konto zu beschränken, stellt eine explizit in § 47 Absatz 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) vorgesehene Abweichungsmöglichkeit dar. Von dieser wird Gebrauch gemacht. Dadurch wird für die Wohngeldbehörden Einfachheit und Klarheit geschaffen, da ausschließlich eine einzige Form der Zahlung des Wohngeldes in Betracht kommt. Gleichzeitig wird dadurch auch ein Gleichlauf zu anderen vorrangigen Sozialleistungen hergestellt wie beispielsweise dem Kindergeld und dem Kinderzuschlag.

Zu Nummer 17 (§ 26a)

Zu Buchstabe a (§ 26a Absatz 3 Satz 3)

Durch die Änderung in Absatz 3 wird klargestellt, dass auch in Fällen der vorläufigen Zahlung von Wohngeld sich ändernde Umstände im Sinne der §§ 27 und 28 zu berücksichtigen sind. Treten beispielsweise Änderungen im Sinne des § 27 Absatz 2 ein, kann dies entsprechend berücksichtigt und eine erneute vorläufige Zahlung von Wohngeld beschieden werden, wenn nach wie vor die Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Eine endgültige Ent-

scheidung über das Wohngeld hat nicht zwingend zu erfolgen; diese Möglichkeit steht der Wohngeldbehörde aber offen.

Zu Buchstabe b (§ 26a Absatz 4 Satz 3)

Es handelt sich um eine Folgeanpassung aufgrund des Auslaufens und Streichens des § 30a.

Zu Nummer 18 (§ 27)

Es werden unterschiedliche Klarstellungen durch die Änderungen des § 27 erreicht:

Die Angabe „für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Monaten“ stellt in Anlehnung an § 12a Nummer 2 SGB II klar, welche Mindestdauer eine der in Absatz 2 genannten Änderungen der Verhältnisse aufweisen muss, damit über die Leistung des Wohngeldes von Amts wegen neu zu entscheiden ist. Durch die ergänzende Ausführung „innerhalb des laufenden Bewilligungszeitraums“ wird der zu betrachtende Zeitraum konkretisiert. Der Zeitraum von mindestens drei Monaten muss innerhalb des laufenden Bewilligungszeitraums liegen. Außerhalb des Bewilligungszeitraums liegende Veränderungen sind nicht zu berücksichtigen. Die genaue Bestimmung der Mindestdauer sowie die Konkretisierung des in Betracht zu ziehenden Zeitraums tragen zur Verwaltungsvereinfachung bei, indem sie nicht nur mehr Klarheit schaffen, sondern auch zu einer einheitlichen und einfacheren Handhabung beitragen.

Aus Klarstellungsgründen wird die Angabe „Gesamteinkommen“ durch die Angabe „monatliche Gesamteinkommen“ ersetzt. Dadurch wird ein Gleichlauf zu § 13 Absatz 2 geschaffen.

Des Weiteren wird in Absatz 2 Satz 3 klar normiert, dass der Monat, in dem relevante Änderungen der Verhältnisse nicht zum Ersten des Monats eintreten, bei der Berechnung des zusammenhängenden Zeitraums von mindestens drei Monaten nicht berücksichtigt wird. Vielmehr sind erst die Folgemonate für die Berechnung relevant.

Der neu eingefügte Absatz 5 dient der Verwaltungsvereinfachung und trägt gleichzeitig zu einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei. Wenn abweichend vom Regelbewilligungszeitraum Wohngeld lediglich für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten gewährt wird, ist nicht von Amts wegen neu über den Wohngeldbescheid zu entscheiden nach § 27 Absatz 2 und Absatz 3 WoGG. Es wird lediglich die Änderung des Wohngeldes nach § 27 Absatz 2 WoGG ausgeschlossen. Beispielsweise bleibt die Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes nach § 45 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch unberührt. Dadurch werden die Wohngeldbehörden entlastet, da in diesen Fällen die Prüfung von Amts wegen nach § 27 Absatz 2 entfällt. Zur Frage, wann vom Regelbewilligungszeitraum von 12 Monaten abgewichen werden kann, bleibt es bei den bereits etablierten Maßstäben.

Zu Nummer 19 (§ 28)

Neben formellen Änderungen wird in § 28 Absatz 3 die Unwirksamkeit von Bewilligungsbescheiden erweitert.

Zu Buchstabe a (§ 28 Absatz 1 Satz 3)

Die Streichung des Verweises auf das Heimgesetz ist eine Folgeanpassung. Die Gesetzgebungszuständigkeit für das Heimrecht ging durch die Föderalismusreform 2006 auf die Länder über. Zwischenzeitlich wurden entsprechende Gesetze auf Landesebene erlassen und somit das Heimgesetz im Sinne des Artikels 125a Absatz 1 Satz 2 GG ersetzt, sodass eine Fortgeltung nach Artikel 125a Absatz 1 Satz 1 GG nicht mehr in Betracht kommt. Es ist somit lediglich auf die Landesgesetze zu verweisen.

Zu Buchstabe b (§ 28 Absatz 3 Satz 1)

Durch die neue Formulierung von Absatz 3 Satz 1 wird die Unwirksamkeit eines Bewilligungsbescheides auch auf solche Konstellationen erstreckt, in denen der Ausschluss nach den §§ 7 und 8 Absatz 1 durch eine rückwirkende Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erfolgt und dadurch ein Ausschluss vom Wohngeld stattfindet. Eine Unwirksamkeit kraft Gesetzes stellt eine Verwaltungsvereinfachung dar, da insoweit kein zusätzliches Handeln der Verwaltung notwendig ist.

Zu Nummer 20 (§ 28a)

Die Vorschrift dient der Vereinfachung von Erstattungsverfahren zwischen verschiedenen Sozialleistungsträgern, indem seitens der Wohngeldbehörden auf Erstattungen verzichtet wird.

Zu Nummer 21 (§ 30a)

§ 30a wird gestrichen, da es sich bei der Norm um eine Experimentierklausel handelt, deren Erprobungsphase abgelaufen ist und die nach ihrer Evaluation nicht dauerhaft Einzug in das Wohngeldgesetz erhalten soll.

Zu Nummer 22 (§ 34 Absatz 1)

Die Änderung der Angabe „regionalen Mietenniveaus“ in „regionalen Mietenniveaus der Wohngeldmiethaushalte“ dient – ebenso wie die entsprechenden Änderungen in § 12 – der Klarstellung, dass das (regionale) Mietenniveau lediglich das der Wohngeldmiethaushalte widerspiegelt.

Zu Nummer 23 (§ 35 Absatz 1 Nummer 7)

Die Streichung der Erhebungsmerkmale „nach öffentlicher Förderung der Wohnung oder Förderung nach dem Wohnraumförderungsgesetz oder entsprechenden Gesetzen der Länder“ erfolgt aus Gründen des Bürokratieabbaus. Ob Wohnraum öffentlich gefördert wird, ist für die Bearbeitung eines Wohngeldantrags nicht relevant. Die Erhebung der entsprechenden Daten ist folglich nicht angezeigt und die Streichung führt zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand.

Zu Nummer 24 (§ 36)

Die Änderungen des § 36 dienen der Vereinfachung und Optimierung der Datengrundlage.

Zu Buchstabe a (§ 36 Absatz 2)

Absatz 2 wird an § 16 Absatz 6 bis 8 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) angeglichen. Eine Übermittlung der Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt kann nach § 16 Absatz 6 Nummer 1 BStatG für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben an Einrichtungen wissenschaftlicher Forschung erfolgen, wenn es sich um Einzelangaben handelt, die nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können (faktisch anonymisierte Einzeldaten). Berechtigt zum Empfang der Daten können nur Amtsträgerinnen oder Amtsträger, für den öffentlichen Dienst verpflichtete oder zur Geheimhaltung verpflichtete Personen sein. Die Einzelangaben dürfen seitens des Statistischen Bundesamtes an die in § 36 Absatz 2 genannten Stellen übermittelt werden. Die zum Empfang der Daten berechtigten Personen sind im Gleichlauf mit § 16 Absatz 6 BStatG zur Geheimhaltung verpflichtet, was organisatorisch und technisch sichergestellt wird. Die empfangenden Stellen erhalten die Einzelangaben insbesondere zur wissenschaftlichen Auswertung zur Fortentwicklung des Wohngeldes. Die Einzelangaben sind faktisch anonymisiert: Die in § 36 Absatz 2 genannten Empfängerbehörden verfügen nicht

über etwaiges personenbezogenes Zusatzwissen, was eine Zuordnung der Einzelangaben zu einzelnen Personen ermöglichen könnte.

Zu Buchstabe b (§ 36 Absatz 3)

Übermittlungsbefugnisse sind dem Sozialrecht nicht fremd, vgl. § 55 SGB II und § 119 SGB XII. Der neue Absatz 3 sieht vor, dass für Forschungsvorhaben, die dem Zweck des § 34 dienen, Einzeldaten übermittelt werden können. Neben dem Zweck wird durch die neue gesetzliche Vorgabe auch sichergestellt, dass die datenempfangende Stelle die Sicherheit der Daten gewährleistet. Auch hier wurde sich an § 16 BStatG orientiert.

Zu Nummer 25 (§ 42e)

Der neue § 42e enthält eine Übergangsregelung, die sicherstellt, dass grundsätzlich bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nach Artikel 5 (im Folgenden abgekürzt: Inkrafttreten) bewilligtes Wohngeld nicht neubeschieden werden muss. Außerdem wird geregelt, wie mit Anträgen umzugehen ist, die vor dem Inkrafttreten gestellt wurden, über die jedoch erst nach dem Inkrafttreten entschieden wird.

Zu Absatz 1

§ 42e regelt, dass Wohngeldbescheide, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auf der vor dem 1. Januar 2027 geltenden Rechtslage erlassen wurden, weiter fortgelten. Aus Gründen des Vertrauensschutzes und der Entlastung der Verwaltung gelten diese Bescheide für den vorgesehenen Bewilligungszeitraum weiter; §§ 27, 28 und § 45 SGB X bleiben unberührt.

Zu Absatz 2

Hat die Wohngeldbehörde in den Fällen, in denen Wohngeld vor dem Inkrafttreten bewilligt wurde und bei denen mindestens ein Teil des Bewilligungszeitraums nach dem Inkrafttreten liegt, über einen Erhöhungsantrag nach § 27 Absatz 1 oder in einem Verfahren nach § 27 Absatz 2 neu zu entscheiden, soll eine Anwendung des alten und neuen Rechts nach allgemeinen Grundsätzen erfolgen: Für die Zeit bis zum Inkrafttreten soll nach dem bis dahin geltenden Recht entschieden werden. Für die Zeit ab dem Inkrafttreten soll nach neuem Recht entschieden werden. Liegen die Voraussetzungen der §§ 27 und 28 vor, können Wohngeldempfängerinnen und -empfänger nicht mehr auf den Bestand eines Bewilligungsbescheides vertrauen. Vertrauensschutz ist im Rahmen der §§ 27 und 28 nicht von Belang.

Zu Absatz 3 und 4

Die Absätze 3 und 4 regeln die Anwendung von altem und neuem Recht für bei Inkrafttreten noch nicht entschiedene Wohngeldanträge nach § 22.

Zu Absatz 3

Absatz 3 Satz 1 entspricht dem Rechtsgedanken des § 41 Absatz 1. In den Fällen eines vor Inkrafttreten eingegangenen Wohngeldantrages, über den vor dem Inkrafttreten noch nicht entschieden worden ist, soll nach Inkrafttreten für die Zeit bis zum Inkrafttreten nach dem bis dahin geltenden Recht, für die Zeit ab dem Inkrafttreten nach neuem Recht entschieden werden. Weiterhin soll verhindert werden, dass allein deshalb, weil noch nicht über den Wohngeldantrag entschieden worden ist, die Anwendung des neuen Rechts zu einem geringeren Wohngeld führt. Daher verbleibt es im Fall einer möglichen Verringerung des Wohngeldes ab Inkrafttreten – abweichend von § 41 Absatz 1 – auch für den restlichen Teil des Bewilligungszeitraums bei dem Wohngeld wie für den Monat vor Inkrafttreten.

Zu Absatz 4

Zu Satz 1

Der Grundsatz des Absatzes 3 soll auch in Fällen gelten, in denen Wohngeldanträge gemäß § 22 nach Inkrafttreten gestellt wurden, der maßgebende Bewilligungszeitraum jedoch vor Inkrafttreten des Gesetzes beginnt. Dies ist in den Fällen des § 25 Absatz 3 bis 5 möglich. Auch hier gilt es, bisheriges und neues Recht anzuwenden.

Zu Satz 2

Satz 2 stellt klar, dass § 24 Absatz 2 und § 27 anwendbar bleiben. Der Verweis auf § 24 Absatz 2 soll klarstellen, dass auch – gegebenenfalls nur zu erwartende – erhebliche Änderungen der Verhältnisse zwischen Antragstellung und Entscheidung zu berücksichtigen sind.

Zu Nummer 26 (§ 43)

Zu Buchstabe a (§ 43 Absatz 4 Satz 2, Absatz 5 Satz 2, Absatz 6 Satz 2, Absatz 7 Satz 2, Absatz 8 Satz 2 und Absatz 9 Satz 2)

Die Streichungen von Absatz 4 Satz 2, Absatz 5 Satz 2, Absatz 6 Satz 2, Absatz 7 Satz 2, Absatz 8 Satz 2 und Absatz 9 Satz 2 erfolgen, da den Sätzen in den jeweiligen Absätzen keine Funktion mehr zukommt. In Absatz 3 ist eine hinreichende Berechnungsgrundlage enthalten.

Zu Buchstabe b (§ 43 Absatz 11)

Der neue Absatz 11 sieht vor, dass die Fortschreibung des Wohngeldes einmalig ausgesetzt und somit nicht zum 1. Januar 2027 stattfindet.

Zu Nummer 27 (§ 47)

Die rückwirkende Umsetzung der Gleichstellung der Kindererziehungszeiten führt zu einem deutlichen Verwaltungsmehraufwand für die Wohngeldbehörden. Da im Wohngeld rund die Hälfte der Wohngeldhaushalte aus Rentnerhaushalten besteht, soll mit dem neuen § 47 Verwaltungsmehraufwand durch eine notwendige Aufhebung von Wohngeldbescheiden bei rückwirkender Gewährung des Zuschlags vermieden werden. Mit der Übergangsregelung wird sichergestellt, dass im Rahmen der Einkommensanrechnung beim Wohngeld insbesondere gemäß § 14 Absatz 1 und Absatz 2 Nummer 3 und 5 Buchstabe a und b der für den Zeitraum vom 1. Januar 2027 bis zum 31. Dezember 2027 gewährte Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach § 307d Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 3, Absatz 1b, Absatz 1c sowie Absatz 5 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) unberücksichtigt bleibt. Für den ab dem 1. Januar 2028 laufend gewährten Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach § 307d SGB VI bleiben die geltenden Regelungen zur Einkommensanrechnung beim Wohngeld unberührt.

Zu Nummer 28 (Anlage 1 zu § 12 Absatz 1)

Die Klimakomponente wird aus § 12 Absatz 7 in die Anlage überführt. Entsprechend ist die Tabelle zu ergänzen.

Zu Nummer 29 (Anlage 2 zu § 19 Absatz 1)

Die Parameterwerte für den Parameter c werden für alle Haushaltsgrößen um 58 Prozent erhöht. Die damit erreichte erhöhte Einkommensanrechnung ermöglicht Einsparungen beim Wohngeld und dient der Konsolidierung.

Zu Artikel 2 (Änderung der Wohngeldverordnung)

Zu Nummer 1 (§ 6)

Durch die Änderung von § 6 Absatz 2 Nummer 4 der Wohngeldverordnung wird der von der Miete abzuziehende Pauschalbetrag für Kfz-Stell- bzw. Garagenplätze vereinheitlicht. Ein einheitlicher Pauschalbetrag für Kfz-Stell- und Garagenplätze trägt zu einer Verwaltungsvereinfachung bei. Abgrenzungsproblematiken stellen sich folglich nicht mehr.

Zu Nummer 2 (Anlage 1 zu § 1 Absatz 3)

Die Mietenstufen werden auf Basis der regionalen Mietentwicklung angepasst, da es sich bei den vorliegenden Gesetzesänderungen um eine strukturelle Änderung im Sinne des § 12 Absatz 4 Satz 1 handelt.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift bestimmt gemäß Artikel 82 Absatz 2 Satz 1 GG den Tag des Inkrafttretens.